

MINISTERIUM FÜR HOCH - UND FACHSCHULBILDUNG
DER REPUBLIK USBEKISTAN

STAATLICHE UNIVERSITÄT ANDISHAN
namens S.M.Babur

VORLESUNGEN
IN DER
DEUTSCHEN GESCHICHTE

ANDISHAN – 2011

**Bestätigt und empfohlen zur Herausgabe vom Lehrstuhl
für die deutsche Sprache und Literatur am 22.10.2010**

Vorwort.

In vorliegenden Vorlesungen werden 200 jährige Geschichte Deutschlands besprochen. Von der Periode des alten Reiches bis zur Wiedervereinigung und der Gründung der Europäischen Union.

Die demokratische Revolution von 1848 war noch getragen gewesen von einem Streben nach nationaler Einheit. Der zweite Versuch der Deutschen hingegen, eine parlamentarische Demokratie zu erreichen, fand auf den Trümmern des zerstörischen Nationalismus des ersten Weltkrieges statt.

Die Weimarer Republik, die mit ihrer Ausrufung am 9. November 1918 und die Verkündung der Verfassung am 11. August 1919 begann, war die erste konstitutionell verankerte parlamentarische Demokratie auf deutschem Boden.

Erst nach dem Zusammenbruch der NS-Schreckenherrschaft mit Rassenhass, Massenmord und dem mutwillig begonnenen Zweiten Weltkrieg wurde den Deutschen im Westen eine parlamentarische Demokratie geschenkt.

Die Gründung der DDR sowie BRD und ihre Entwicklungswege wurde auch in den Vorlesungen ausführlich betrachtet.

In der friedlichen Revolution im Herbst 1989 wurde die Demokratie erkämpft und am 18. März 1990 war der Erfolg der DDR – Bürgerbewegung.

Am 2. Dezember 1990 konnten die Deutschen dann erstmals gemeinsam in friedlichen Wahlen über die Zusammensetzung des Deutschen Bundestages entscheiden.

Alle diese Meilensteine des Weges zur parlamentarischen Demokratie spiegeln sich in den vorliegenden Vorlesungen.

Die Vorlesungen erhalten 15 Themen und wurden nach dem Curriculum für Hochschulen und Universitäten der Republik Usbekistan zusammengestellt. Für jede Vorlesung hat der Autor die Stichwörter und Fragen und Aufgaben gegeben, die die Studenten zur Diskussion angeregt werden.

In der Vorbereitung zu den Vorlesungen haben den Autor Proff. Umarhodshäw M.E., Dr. Nurmatow T.A. Shuräw E.H. sowie die Lehrkraft für die deutsche Sprache und Literatur mit Rat und Tat unterstützt und verpflichtet er seine Dankbarkeit.

Gutachter: Dr. S. Saidaliev, Namanganer Universität.

Dr. Rahimov H.R. Taschkenter Pädagogische Universität namens Nisami.

Vorlesung N 1.

Das Thema: Von der ständischen zur bürgerlichen Welt.

Plan zur Vorlesung:

1. Die Einführung.
2. Das Alte Reich.
3. Revolution und Reform.
4. Gesellschaft im Umbruch.
5. Vormärz.
6. Literatur.

Literatur:

1. Fragen an die Deutsche Geschichte (Wege zur parlamentarischen Demokratie). Bonn, Varus Verlag 2000. S 19-72.
2. Tatsachen über Deutschland. 2001.

Stichwörter.

Tiefe Krise in Deutschland, das **"Heilige Römische Reich Deutscher Nation"**, "Deutsches Reich und Deutsche Nation sind zweierlei Dinge" (Schiller), Demonstrationen für die Nationale Einigung. Der Keisertum, die Verfassung des Heiligen Römischen Reiches, die wirtschaftliche und soziale Ordnung des Alten Reiches, Revolution und Reform, Neuordnung durch Napoleon, der Wiener Kongreß, der deutsche Bund, Gesellschaft im Umbruch, die Märzrevolution von 1848.

1. Die Einführung.

Um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert gerät die politische und soziale Ordnung Deutschlands in eine tiefe Krise: Der rasche Zusammenbruch des Reiches unter dem Ansturm der Armeen der französischen Revolution zeigt, daß es dem alten Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation nicht nur an äußeren, sondern vor allem auch an ihrer Einheit fehlt.

Das **"Heilige Römische Reich Deutscher Nation"**, zersplittert in Hunderte von Territorien, ist nur ein loser Staatenbund, dem jede politische Zentralgewalt fehlt. Deutschland - das sind die Fürsten und ihre absolutisch regierten Untertanen. Während die alte Reichsidee nur noch in kleineren Territorien und bei einigen Staatsrechtlern lebendig bleibt, wird die politische Situation im Reich weitgehend bestimmt vom Gegensatz der beiden Großmächte **Preußen** und **Österreich**.

Im Innern der Staaten hemmen starre Standesschranken zwischen Adel, Bürgern und Bauern die sozial und wirtschaftliche Entwicklung. Ein politisches Nationalbewusstsein fehlt den unmündig gehaltenen Untertanen ebenso wie den dynastische Interessenpolitik treibenden Fürsten. Nur im geistigen Leben bildet sich in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts ein Bewußtsein einer die sozialen Grenzen übergreifenden nationalen Zusammengehörigkeit heraus, das Schiller in die Worte faßt: **"Deutsches Reich und deutsche Nation sind zweierlei Dinge....**, indem das politische Reich wankt, hat sich das geistige immer fester und vollkommener gebildet".

In Deutschland fehlte ein starkes Bürgertum und wirtschaftlich war unterentwickelt, deshalb bleibt die französische Revolution trotz erheblicher intellektueller Auswirkungen in Deutschland zunächst fast ohne konkrete politische Folgen. Die Revolutionskriege enthüllen nur die Schwäche der alten politischen und sozialen Ordnung. Unter dem Ansturm der französischen Revolutionsarmeen brechen die absolutisch regierten Staaten zusammen, die Großmächte Preußen und Österreich werden besiegt, und nach der territorialen Neuordnung Deutschlands durch Napoleon wird das Reich 1806 aufgelöst.

1. Das Alte Reich.

Anders als die stärker zentralisierten Nachbarstaaten ist das "Heilige Römische Reich Deutscher Nation" gegen Ende des 18. Jhs nur ein loser Zusammenschluß einer Vielzahl von

Territorien und Herrschaften ohne eine wirkliche politische Zentralgewalt. Die eigentliche Macht liegt bei den absolutistisch regierten Einzelstaaten mit den beiden europäischen Großmächten Preußen und Österreich an der Spitze.

Zentrale Institution des Reiches und äußerer Ausdruck seiner fortwährenden Einheit ist das Kaisertum. Das Reich besitzt weder eine zentrale Verwaltung noch ein stehendes Heer. Alle Versuche zur Bildung einer stärkeren Zentralgewalt scheitern am Widerstand der einzelnen Reichsstände. Ihre unterschiedlichen Interessen lähmen auch die Vertretung der Stände, den Reichstag zu Regensburg, mehr und mehr.

Trotz aller Reformansätze der absolutistischen Politik sind die meisten Territorien des Reiches auch wirtschaftlich und sozial rückständiger als die Länder Westeuropas. Die mittelalterliche Wirtschafts- und Gesellschaftsverfassung, die dem Adel die einflussreichsten Positionen sichert, ist noch fast ungebrochen.

"Das Römische Reich wäre ohnstreitig noch jezo die formidabelste Potenz von ganz Europa, wenn dessen Stände, fürnehmlich aber die mächtigsten, einig wären und mehr auf des gemeine Beste als auf ihr Privat - Interesse sähen" schreibt 1745 der deutsche Staatsrechtler **Johann Jacob Moser**. In der Tat sind die Zersplitterung des Reiches in Hunderte von kleinen Herrschaftsgebieten, das Gegeneinander der Kurfürsten, Fürsten, Reichsritter und Reichsstände und der ständige Streit zwischen katholischen und evangelischen Reichsständen die eigentliche Schwäche des, "H R R D N" (Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation).

Seit 1663 bis zum Ende des Reiches 1806 tagt in Regensburg ein "immerwährender Reichstag". Hier versammelten sich die Gesandten der drei Reichsstände, der Kurfürsten, der Fürsten der Reichsstände, um über die Reichsangelegenheiten zu beschließen.

Die rechtliche Einheit des Reiches wird durch die Reichsstände und Staatsrechtlern der obersten Reichsgerichte verkörpert: den Reichshofrat in der Wiener Kaiserresidenz und das Reichskammergericht in Wetzlar.

Seit 1512 ist das Reich in zehn Kreise eingeteilt. Trotz aller Brüche ist die ständische Tradition eine wichtige Grundlage für den im 19. Jn. entstehenden modernen Parlamentarismus.

Verglichen mit England und Westeuropa ist Deutschland am Ausgang des 18. Jhs. in seiner wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung weit zurück. Die Gesellschaft des Alten Reiches ist immer noch streng nach Ständen gegliedert. Die verschiedenen Stände sind durch Sprache, Kleidung, und Verhalten streng voneinander geschieden.

Das Alte Reich ist eine agrarisch strukturierte Gesellschaft: Vier Fünftel der Bevölkerung leben auf dem Lande. Die Landwirtschaft ist noch immer der wichtigste Wirtschaftsfaktor. In West- und Süddeutschland ist der Agrarsektor grundherrschaftlich organisiert: Die Bauern bewirtschaften ihr Land selbständig, sind aber dem Grundherren gegenüber zu Naturalabgaben ("Zehnten") und Diensten ("Fronen") verpflichtet.

In den Städten des Reiches lassen sich zwei gegenläufige Entwicklungen beobachten: Handel und Gewerbe.

Neben den zünftigen Handwerken entwickelt sich gegen Ende des 18. Jhs. neue Gewerbeformen: zum einen Manufakturen als grössere vorindustrielle Gewerbebetriebe, besonders bei der Fertigung von Luxusgütern, zum anderen das Verlagsystem, bei dem die Produktion auf eine Vielzahl von selbständig Arbeitenden verteilt ist. Die Konkurrenz von Manufakturen und Verlagsorganisationen führt in vielen Städten gegen Ende des 18. Jhs. zu scharfen Konflikten. 1794 kommt es z.B. in Augsburg zum offenen Aufstand der Weber, die das Rathaus gewaltsam besetzten.

Der Handel nimmt bereits im Laufe des 18. Jhs. einen allmählichen Aufschwung, obwohl aufgrund der vielfältigen Hemmnisse noch kein grundlegender Strukturwandel zu beobachten ist. Die Entwicklung des Handels wird allerdings durch die territoriale Zersplitterung und ein kompliziertes System verschiedenster Zölle und Abgaben behindert. Fast in jedem einzelnen Territorium gelten eigene Maße, Gewichte und häufig auch unterschiedliche Währungen. Vor allem die Kaufleute, die im Grossen und Fernhandel zu Vermögen

kommen, bilden gegen Ende des 18. Jhs. mehr und mehr die städtische Oberschicht. Ihr politischer Einfluss in der Stadt bleibt jedoch häufig durch ein adeliges Patriziat beschränkt.

3. Revolution und Reform.

Unter dem Eindruck und der Einwirkung der französischen Revolution vollziehen sich auch in Deutschland zwischen 1789 und 1815 tiefgreifende Veränderungen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Durch napoleonisches Frankreich bricht das Alte Reich binnen weniger Jahre zusammen. Napoleon setzt eine umfassende territoriale Neugliederung des zersplitterten Mitteleuropas durch, aus der vor allem in Süddeutschland leistungsfähige Mittelstaaten hervorgehen.

Die kriegerischen Jahrzehnte um die Wende vom 18. zum 19. Jh. sind zugleich eine Epoche der großen inneren Reformen. Einfluss und Vorbild der napoleonischen Politik, die sich rapide verschärfenden Finanzprobleme sowie die notwendige Integration sehr verschieden strukturierter Gebiete in ein einheitliches Gemeinwesen im Falle der süddeutschen Staaten und die Folgen der militärischen Niederlage im Falle Preussens führen nun auch in Mitteleuropa zu einer umfassenden politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Neuordnung. Mit den Reformen wird die überkommene feudal-ständische Ordnung endgültig aufgebrochen und nach der Reorganisation.

Wende des Jahres 1819, unter der Führung Metternichs zu einem Repressionsinstrument. Dagegen werden mit den ersten modernen Verfassungen vor allem in den süddeutschen Ländern neuer Rahmenbedingungen und parlamentarische Institutionen geschaffen.

Durch die territoriale Neugliederung des Reiches entstehen in Süddeutschland leistungsfähige Mittelstaaten. Bayern, Württemberg, Baden, Hessen. Ihre Herrscher fühlen sich im Interesse ihrer neu erworbenen Machtstellung Napoleon und Frankreich auf das engste verbunden. Mit der Unterzeichnung der "**Rheinbundakte**" durch 16 süd- und südwestdeutsche Staaten am 12. Juli 1806 in Paris ist das Ende des "HRRDN" gekommen.

Philosophen und Dichter so etwa Ernst Moritz Arndt 1813 in seinem patriotischen Lied "**Was ist des Deutschen Vaterland?**" – bekennen sich um der Zeit der napoleonischen Herrschaft zu einer "**deutschen Nation**" und rufen zum Kampf gegen die Fremdherrschaft auf. Nach und nach erwacht der Widerstand gegen die napoleonische Herrschaft in den deutschen Ländern. Nach der Niederlage Napoleons in Rußland 1812 erringen die verbündeten preussischen, österreichischen und russischen Truppen in der "**Völkerschlacht**" bei Leipzig am 16.-19. Oktober 1813 den entscheidenden Sieg über den französischen Kaiser. Napoleon muß sich nach Frankreich zurückziehen, der Rheinbund löst sich auf.

Nach dem Sieg über Napoleon beraten vom September 1814 bis zum 1815 in Wien die Fürsten und Minister der Verbündeten Großmächte Rußland, Großbritannien, Österreich und Preußen mit Vertretern anderer deutscher und europäischer Staaten sowie den Unterhändlern des besiegten Frankreich über die Neuordnung der europäischen Verhältnisse. Der Wiener Kongress zielt sich auf die Restauration ab, bzw. die Grenzen und Gewichtsverhältnisse zwischen den fünf Großmächten werden wiederhergestellt. Auf dem Wiener Kongress wird für Deutschland nur ein loser Staatenbund geschaffen.

Den "**Deutschen Bund**" bilden zunächst 37 Staaten und vier freie Städte. Preußen und Österreich gehören nur mit ihren ehemaligen Reichsterritorien, nicht aber mit West- und Ostpreußen bzw. den nichtdeutschen Teilen der Habsburgermonarchie dem Bund an. Bundesmitglieder sind indirekt, über ihre Besitzungen, auch die Könige von Dänemark, von Großbritannien und der Niederlande.

Das höchste Organ dieses Bundes "die Bundesversammlung", später Bundestag genannt, residiert von 1816 bis 1866 im Palais **Thurn und Taxis** in Frankfurt am Main.

4. Gesellschaft im Umbruch.

Seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert gerät die traditionale, in Stände gegliederte Gesellschaft zunehmend in Bewegung. Staatliche Reformen wie die Bauernbefreiung und die Einführung der Gewerbefreiheit in einigen Gebieten verändern die ihr zugrundeliegende wirtschaftliche Ordnung ebenso wie ein allgemeiner Aufschwung der

gewerblichen Produktion und des Handels. Hinzu kommen noch die Anfänge der Industrialisierung, deren Ausmaß allerdings von Region zu Region sehr unterschiedlich ist. Diese Kräfte der Veränderung drängen zugleich auf die Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsraumes in Mitteleuropa, wie er 1834 mit der Gründung des Zollvereins und dann auch verkehrspolitisch im Zeichen von Eisenbahn, Straße und Kanal zu entstehen beginnt. Dieser tiefgreifende Wandel ist begleitet von schwerwiegenden sozialen Problemen. Landwirtschaft und Handwerk, die traditionell dominierenden Wirtschaftsbereiche, können der sich rasch vermehrenden Bevölkerung kein Auskommen mehr sichern. Auch die neue Industrie ist noch zu wenig entwickelt, ja sie verschärft als zusätzlicher Konkurrenzfaktor in einzelnen Gewerbesektoren sogar noch die Probleme. So ist die erste Hälfte des 19. Jhs. geprägt durch Epidemien aufgrund unzureichender hygienischer Verhältnisse und große Auswanderungswellen. Zugleich aber beginnt sich vor allem in den Städten eine neue gesellschaftliche Struktur auszuformen. Mehr und mehr regt sich ein selbstbewusstes Bürgertum, das zunächst auf der kommunalen Ebene seine Geschicke selber in die Hand nimmt. Es entsteht das Modell einer sich politisch selbst bestimmenden, auf dem Prinzip der "Assoziation", des freien Zusammenschlusses in Vereinen, gegründeten und zugleich wirtschaftlich prosperierenden Gesellschaft. Dieses Konzept entfaltet bald eine ungeheure Dynamik, die sich in den Jahren des Vormärz auch politisch in den Einzelstaaten und auf der nationalen Ebene durchzusetzen versucht.

Die wirtschaftlichen Veränderungen, die sich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts vollziehen, hängen auf das engste mit der Entwicklung vielfältiger neuer Techniken in Produktion und Kommunikation zusammen. Gerade der technologische Wandel nährt den bürgerlichen Fortschrittsoptimismus.

Den entscheidenden Schritt aber von der alten zur neuen Zeit, von der Muskelkraft zur Maschine, verkörpert im Verkehrssektor die Eisenbahn. Sie verändert stärker als alle anderen technischen Errungenschaften das öffentliche und private Leben. Zu der Entwicklung der deutschen Wirtschaft trug damaliger Unternehmer **Johann Karl August Borsig (1804-1854)**, der eigene Firma am Oranienburger Tor hatte eine große Rolle. 1847 liefert das Werk 67 Lokomotiven aus. Seine Firma war das größte Lokomotivproduzent in Preußen und in ganz Deutschland.

5. Vormärz.

Die Jahrzehnte von der Märzrevolution von 1848 der "Vormärz" sind eine Zeit des Politischen Aufbruchs. Überall in Deutschland und im übrigen Europa organisiert sich die liberale und nationale Bewegung des aufstrebenden Bürgertums bereitet sich allmählich jene politische Konstellation vor, die dann 1848-1849 in die große gemeineuropäische Revolution führt.

Ihr wichtigstes Aktionsfeld findet die bürgerlich-liberale Bewegung in den einzelstaatlichen Parlamenten, die vor allem in Süddeutschland mit den nach dem Wiener Kongress erlassenen Verfassungen geschaffen werden. Neben einer Ersten Kammer als Repräsentation des Adels, der Kirche und anderer Institutionen sehen diese Konstitutionen eine Zweite Kammer vor, die aus Wahlen der Staatsbürger -wenngleich nach einem mehr oder minder beschränkten Wahlrecht - hervorgeht. Trotz der begrenzten parlamentarischen Befugnisse gelingt es den Liberalen, in diesen Staaten zeitweise einzelne Reformen durchzusetzen. Zugleich tragen die Landtagswahlen und die parlamentarische Arbeit dazu bei, daß sich die Abgeordneten in Fraktionen organisieren, ihre politischen Zielsetzungen klären und so für größere politische Aufgaben vorbereiten.

Zwischen monarchischer Regierung und Parlament entwickeln sich im Laufe des Vormärz regelrechte "Kammerkämpfe", in denen es um die Rechte der Kammern selbst, aber auch um die Durchsetzung der wichtigsten politischen Grundrechte geht. In den Parlamenten profiliert sich dabei allmählich eine neue politische Führungsschicht aus Advokaten, Gelehrten und Beamten sowie auch einzelnen Köpfen des Wirtschaftsbürgertums. Die parlamentarische

Praxis bildet jene Kenntnisse und Fähigkeiten aus, mit denen die Abgeordneten dem Herrschaftsanspruch des Adels und der Bürokratie entgegentreten können. Seine soziale Basis hat der vormärzliche Parlamentarismus - auch da, wo nicht wie in Baden die Städte durch das Wahlrecht sogar ausdrücklich begünstigt werden - vor allem im städtischen Bürgertum. Gerade bei den großen Festen, mit denen das Bürgertum "seine" Abgeordneten ehrt und feiert, festigt sich die liberale Opposition gegen den Obrigkeitsstaat.

Fragen und Aufgaben.

1. Wie war die Lage am 18. zum 19. Jh. in Deutschland?
2. Was bedeutet das heilige Römische Reich deutscher Nation?
3. Sprechen Sie über die Leitung in Regensburg?
4. Welche Veränderungen geschah in Deutschland in den Jahren 1797 – 1815?
5. Erzählen Sie über Ernst Moritz.
6. Wer war Johann Karl August Borsig?
7. Was bedeutet die Zeit des politischen Aufbaus?
8. Welche Bewegung bereitet sich zur Revolution vor?
9. Welche Schicht des Bürgertums politisierte sich dabei?
10. Wie war die Beziehung zwischen der Gesellschaft zu der Opposition?

Thema N 2. (2 Stunde)

Die Revolution von 1848/1849.

1. Die Märzrevolution von 1848.
2. Das Werden der politischen Nation.
3. Das Werk der Nationalversammlung und die Krise der Revolution.
4. Das Scheitern der Revolution.
5. Literatur.

Literatur:

1. Fragen an die deutsche Geschichte (Wege zur parlamentarischen Demokratie). Bonn, Varus Verlag 2000. S 87-122.
2. Tatsachen über Deutschland. 2001.

Stichwörter;

Die Revolution in Frankreich, die Märzrevolution in Mitteleuropa, die sozialen Ursachen der Revolution, die Nationalversammlung, die Anfänge der Parteien, die Grundrechtdebatten, die Schleswig-Holstein-Frage, die Ausrufe der Republik, das Problem der nationalen Einheit, die Reichsverfassung.

1. Die Märzrevolution von 1848.

Vor dem Hintergrund einer gesamteuropäischen Wirtschaftskrise verschärfen sich 1847-48 die sozialen und politischen Spannungen und führen in allen europäischen Ländern

mit Ausnahme Rußlands und Englands zu Aufständen gegen die bestehende Ordnung; In Frankreich gegen die einseitige Interessenherrschaft des Großbürgertums, in Italien und Deutschland gegen die staatliche Zersplitterung, gegen die Überreste der alten Feudalordnung und die absolutistische Staatsverfassung, in den osteuropäischen Gebieten gegen Fremdherrschaft und soziale Ungerechtigkeit.

Die Erhebung in Deutschland wird getragen von einer starken nationalen Bewegung, in der die Forderungen nach nationaler Einheit und politischen und sozialen Reformen zusammentreffen. Sie finden ihren Ausdruck in dem von allen Schichten des Volkes getragenen Wunsch nach einem nationalen Parlament und einer für ganz Deutschland gültigen Verfassung. In der ersten Phase der Revolution im März 1848 gelingt es zunächst in Süddeutschland die Regierungen zu Konzessionen zu bewegen. Begleitet von Erhebungen der Landbevölkerung setzen Volksversammlungen in den großen Städten die Monarchen unter Druck und formulieren die sogenannten **Märzforderungen**. In Berlin und Wien lenken die Monarchen dagegen erst nach blutigen Straßenkämpfen ein. Überall werden nun liberale Ministerien berufen.

Frankreich bleibt auch auf diesem Gebiet nicht anseits. Die Wirtschaftskrise vom 1846/47 hat Frankreich eine Hungersnot gebracht. Es findet die Februarrevolution von Arbeiter, Bürger und Nationalgarde statt und sie wird blutig niedergeschlagen. 1846-47 wird Deutschland im Gefolge von Mißernten durch eine schwere Agrar- und Hungerkrise getroffen. Steigende Lebensmittelpreise und sinkende Realeinkommen verschärfen die soziale Not großer Teile der Bevölkerung bis zum Äussersten. Hinzu kommt noch eine internationale Konjunkturkrise, die zu steigender Arbeitslosigkeit führt. Agrar- und Gewerbekrise bleiben jedoch eine vorübergehende Erscheinung; bereits im Laufe des Jahres 1848 entspannt sich die Situation wieder. Vor allem in Süddeutschland, aber auch in Schlesien ist die agrarische Bevölkerung ein Hauptträger der Revolution.

Wie in den Tagen des großen Bauernkrieges ziehen radikale Gruppen gegen die Schlösser und verlangen die Aufhebung der noch bestehenden feudalen Verpflichtungen. Die Agrarrevolten stellen jedoch die überkommenen Autoritäten kaum in Frage. Mit der Erfüllung ihrer Forderungen, mit dem weitgehenden Abschluss der "**Bauernbefreiung**" scheidet die Landbevölkerung bald wieder aus der Revolution aus. Daneben verdankt die Revolution ihre schnellen Erfolge nicht zuletzt der breiten Unterstützung in der städtischen Bevölkerung: Bürger und Arbeiter, Gesellen städtische Mittel- und Unterschichten kämpfen im März 1848 gemeinsam auf den Barrikaden. Im Verlaufe der Revolution werden die sozialen Gegensätze der verschiedenen Gruppen jedoch immer deutlicher. Die Mehrheit des Bürgertums hindert die unteren sozialen Schichten schon bald daran, die Revolution weiter voranzutreiben. Die Auseinandersetzung um deren radikale politischen und soziale Forderungen läßt nicht nur die anfängliche Einheit zerbrechen, sondern spaltet auch das Bürgertum selbst.

2. Das Werden der politischen Nation.

Versammlungen, Demonstrationen und Straßenkämpfe haben bisher den Gang der Revolution bestimmt. Angesichts der erreichten Erfolge durch Versammlungen, Demonstrationen und Straßenkämpfe soll jedoch nun nach dem Willen der bürgerlich liberalen Mehrheit und auch vieler Demokraten der Weg parlamentarisch legitimer Reformen beschritten werden. Eine Nationalversammlung soll eine gesamtdeutsche Verfassung ausarbeiten und eine regierungsfähige Zentralgewalt errichten.

Am 5. März 1848 versammeln sich in Heidelberg führende Liberale und Demokraten Süd- und Westdeutschlands und erklären die Einberufung einer Nationalversammlung für unaufschiebbar. Zwar wenden sie sich mit ihrem Appel an die bestehende Regierungen, ernennen aber dann selbst einen Siebenerausschuss zur Vorbereitung und Wahl der Nationalversammlung. Damit ist ein erstes revolutionäres Organ geschaffen. Am 30. März ziehen über 500 Männer in die Paulskirche ein. In dieser

revolutionären Versammlung sind die einzelnen deutschen Staaten unterschiedlich vertreten. Ein festes Programm besitzt nur die Minderheit der demokratischen Linken unter der Führung **Gustav von Struves**. Sie fordert die Errichtung einer föderativen Republik und die sofortige Übernahme der revolutionären Vollzugsgewalt durch das Vorparlament. Von solchen Forderungen ist die Mehrheit weit entfernt; sie will die politische Neuordnung durch eine Vereinbarung mit den Fürsten erreichen. Mit dieser Haltung, die später auch von der Mehrheit der Nationalversammlung vertreten wird, ist die revolutionäre Position im Grunde bereits preisgegeben, an ihre Stelle der Kompromiss mit den alten Gewalten getreten. Als die "Radikalen" dies erkennen, verlassen unter der Führung **Heckers** 40 Mitglieder die Versammlung. **Hecker** beginnt mit **Freiwilligenscharen** in Baden den Aufstand zur Verwirklichung der sozialen Republik. Er wird von einer Gruppe deutscher Emigranten aus der Schweiz und Frankreich unterstützt, überschätzt aber die Werbekraft der republikanischen Idee. Nach wenigen Tagen unterliegen er und seine Anhänger den regulären badischen und hessischen Truppen. Hecker flieht in die Schweiz und emigriert später in die USA.

Das Vorparlament hat Grundsätze zur Wahl und zur künftigen deutschen Verfassung beraten und einen Fünfgerausschuß für die Wahlvorbereitung eingesetzt. Dieser revolutionäre Ausschuß arbeiten mit dem alten Bundestag und den Regierungen der Einzelstaaten zusammen, die sich beeilen, die Wahl zu legitimieren und Wahlgesetze zu erlassen. Alle "**Selbständigen**" sollen das Wahlrecht besitzen, was die Einzelstaaten sehr unterschiedlich interpretieren. Teilweise werden Arbeiter und Dienstboten von der Wahl ausgeschlossen. Eine direkte Wahl gestatten nur sechs Staaten, während in allen anderen indirekt über Wahlmänner gewählt wird. Vergeblich fordern in Berlin die Mitglieder des Politischen Klubs auf einer Wahlversammlung "in den Zeiten" für Preußen das direkte Wahlrecht. Politische Parteien existieren noch nicht. Die Örtlichen Kandidaten werden von den überall entstehenden politischen Klubs oder von schnell organisierten Wahlkomitees aufgestellt. Gewählt werden fast überall bürgerliche Liberale.

Mit der Revolution von 1848/49 entstehen in Deutschland die politischen Parteien im modernen Sinne. In vielen Städten verfestigen sich die politisch - sozialen Richtungen organisatorisch so weit, daß fünf parteiartige Gruppierungen unterschieden werden können; die Liberalen und die Demokraten, die Konservativen, der politische Katholizismus und die frühe Arbeiterbewegung. Als erste politische Richtung bauen die bürgerlichen Demokraten eine eigene parteiähnliche Organisation auf. Sie wollen zumeist eine republikanische Ordnung. Nach anfänglichem Zögern und einer eher defensiven Haltung nutzen auch die andere übrige Parteien die neun Formen der politischen Organisation und Öffentlichkeit.

Als ihr Organ erscheint in Berlin die "**Neue Preussische Zeitung**", die sog. "**Kreuz-Zeitung**". Zugleich organisieren die Junker die Verteidigung des monarchischen Systems in patriotischen Vereinen, aber auch ihrer ökonomischen Interessen und Privilegien in entsprechenden Verbänden. Schon bald überzieht ein Netz solcher Vereine weite Teile des östlichen Preußens. Im Kampf für die Freiheitsrechte der Kirche bildet sich seit dem Frühjahr 1848 eine große katholische Bewegung. Eine Fülle von Zeitungen, Versammlungen und Petitionen, die "**Piusvereine für religiöse Freiheit**" schließlich der erste deutsche Katholikentag im Oktober 1848 in Mainz sind die Instrumente einer politischen Bewegung, die in den Parlamenten kaum vertreten ist. Die politische Spannweite des **Katholizismus** reicht von einzelnen Befürwortern einer christlichen Demokratie, die sich in vielem der Märzrevolution verbunden fühlen, bis hin zu der Mehrheit der Ultramontanen, streng konservativen Kräfte. Noch ganz in den Anfängen steckt 1848-49 die selbständige politische Organisation der Arbeiterschaft. Oft sind die Arbeitervereine noch nicht eindeutig von der demokratischen Bewegung geschieden. Auch die soziale Differenzierung in Handwerksgesellen, frühes Proletariat und besitzlose Unterschichten steht vielfach noch einer einheitlichen Organisation entgegen. Neben sozialkonservativen und sozialreformerischen Ansätzen melden sich mit dem "**Bund der Kommunisten**" um Marx und Engels auch sozialrevolutionäre Kräfte nachdrücklich zu Wort.

Eine große Massenbasis und breite Resonanz erreichen vor allem der deutsche Handwerker und Gewerbetreibende und die mit diesem teilweise verbundene Schutzzollbewegung.

3. Das Werk der Nationalversammlung und die Krise der Revolution.

Erster demonstrativer Höhepunkt der Arbeit der Nationalversammlung ist die Reichsverweserverwahl.

Sie geht auf einen Kompromiß zwischen den Vorstellungen der verschiedenen Fraktionen über eine provisorische Zentralgewalt zurück. Die Linke will einen einzigen Mann als Träger der Exekutive, die Rechte ein Kollegium, die Linke einen Abgeordneten, der durch die Nationalversammlung selbst gewählt und ihr verantwortlich sein soll, die Rechte die Ernennung durch die Fürsten ohne Verpflichtung zur parlamentarischen Verantwortung. Um die Versammlung trotz ihrer Gegensätze zu einer Entscheidung zu zwingen, macht ihr Präsident **Heinrich von Gagern einen "kühnen Griff"**: Er schlägt der Nationalversammlung die Wahl eines Reichsverwesers vor. Gewählt wird **Erzherzog Johann von Österreich**, "nicht weil, sondern obgleich er ein Fürst ist". Er ist der Nationalversammlung nicht verantwortlich und wird nach seiner Wahl von den Fürsten der Einzelstaaten anerkannt. Er ist damit "legitimer" Nachfolger der Bundesversammlung, die ihre Kompetenzen auf den Reichsverweser überträgt. Dieser Kompromiß mit den alten Mächten schafft für die Nationalversammlung zusätzliche Probleme.

An der Spitze steht jetzt ein Mitglied des Österreichischen Herrscherhauses. Damit wird die Entscheidung über die Zugehörigkeit des Österreichischen Vielvölkerstaates zum künftigen deutschen Nationalstaat noch schwieriger. In einem Aufruf "**An das deutsche Volk**" verspricht er "nach Jahren des Drucks die Freiheit voll und unverkürzt" und die Vollendung des Verfassungswerks für Deutschland. Ohne Armee, Polizei und Beamte ist sie bei der Durchführung ihrer Beschlüsse von der Mitarbeiter der politische Machtträger in den Einzelstaaten abhängig, mit deren Bevollmächtigten sie in Frankfurt verhandelt.

Am 6. August ergeht an die Truppen aller Staaten ein Appell dem Reichsverweser zu huldigen. Preußen und Österreich folgen nur mit Vorbehalten.

Am 3. Juli 1848, nach der Konstituierung der provisorischen Zentralgewalt, beschließt die Nationalversammlung "mit der Feststellung der allgemeinen Rechte, welche die Gesamtverfassung dem deutschen Volke gewähren sollte, den Anfang zu machen". Das Verfassungswerk soll ja die Einheit und Freiheit Deutschlands, das Wohl des Volks auf Dauer begründen. Das liberale Bürgertum debattiert monatelang über die Inhalte der endlich errungenen Freiheiten.

Zum erstenmal in der deutschen Geschichte wird ein einheitliches "Reichsbürgerrecht" geschaffen.

4. Das Scheitern der Revolution.

Die deutsche Einheit wird nach der Niederschlagung der "zweiten Revolution" zur Machtfrage zwischen den wiedererstarkten Staaten Preußen und Österreich. Österreichs Interesse zielt auf den Ausbau seiner Großmachtstellung. Nach Schwarzenbergs Programm soll die gesamte Habsburger Monarchie gemeinsam mit allen deutschen Staaten einen mitteleuropäischen Staatenbund bilden, ein Siebzigmillionenreich. Dagegen steht die kleindeutsch-preussische Lösung: ein kleindeutscher Bundesstaat unter preussischer Führung, der später zu einem "**Doppelbund**" mit Österreich erweitert werden könnte.

Die Mehrheit der Nationalversammlung bekennt sich zu Beginn der Einheitsdebatte im Oktober 1848 zum großdeutschen Prinzip, das auch dem ersten Verfassungsentwurf zugrunde liegt. Das Reichsgebiet soll danach das Gebiet des bisherigen Deutschen Bundes umfassen und darüber hinaus das Herzogtum Schleswig und die preussischen Ostprovinzen einbeziehen, nicht jedoch die fremdsprachigen Nationalitäten der Habsburgermonarchie.

In der Debatte um das Reichsoberhaupt im Januar 1849 tritt die kleindeutsche Partei für ein preußisches Erbkaisertum ein. Die großdeutsche Seite mit ihren verschiedenen politischen Fraktionen dagegen bietet die widersprüchlichsten Konzepte an. Sie reichen von einem dynastischen Reichsdirektorium bis zu einer unitarischen demokratischen Republik. Österreichs Vorgehen - seine entschiedene Absage an die Nationalversammlung und die Verabschiedung einer zentralistischen Gesamtstaatsverfassung für das Habsburgerreich im 1849 - zerstört die großdeutschen Hoffnungen endgültig. Viele Großdeutsche treten zur kleindeutschen Fraktion **Heinrich von Gagerns** über. Die demokratische Linke läßt sich durch das Zugeständnis des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für die kleindeutsche Lösung gewinnen. Am 28. März wählt die Nationalversammlung den preußischen König zum "**Kaiser der Deutschen**".

Fragen und Aufgaben

1. Diskutieren Sie über die Märzrevolution von 1848/1849
2. Was bestimmte den Gang der Revolution?
3. Wo und wann versammelten in die führende Liberalen und Demokraten?
4. Warum ziehen die Männer in die Paulskirche ein?
5. Was entstand in Deutschland 1848/49?
6. Was ist die Reichsverweserwahl?
7. was wurde in der deutschen Geschichte geschaffen?
8. Sprechen Sie über das Scheitern der Revolution.

Thema N 3. (2 Stunde)

III. Industrielle Revolution und Reichsgründung.

Plan:

1. Die industrielle Revolution.
2. Sozialer Strukturwandel und politische Theorien.
3. Parteien und Vereine.
4. Die Reichsgründung.
5. Literatur.

Literatur:

1. Fragen an die Deutsche Geschichte (Wege zur parlamentarischen Demokratie). Bonn, Varus Verlag 2000. S 133-155.
2. Tatsachen über Deutschland. 2001.

Stichwörter

Die Zeit der politischen Reaktion, Sozialer Strukturwandel und politische Theorien, Parteien und Vereine, die Entstehung der Sozialdemokratie, die Konservativen, der Liberalismus, der deutsch-dänische Krieg, das Entscheidungsjahr 1866, der Norddeutsche Bund, deutsch-französischer Krieg.

1. Die industrielle Revolution.

Zu Beginn der 1850er Jahre setzt in Deutschland im Zusammenhang mit einem weltweiten wirtschaftlichen Aufschwung die eigentliche "industrielle Revolution" ein. Eisenbahnbau und Schwerindustrie sind die Hauptträger dieser Entwicklung. Aktiengesellschaften und Großbanken bringen das erforderliche Kapital auf.

Mit der "**industriellen Revolution**" entsteht ein neues, wirtschaftlich mächtiges, aber oft unpolitisches Großbürgertum. Die neuen Geschäfts- und Wirtschaftsmethoden beschleunigen auch die Entwicklung neuer Technologien in der Produktion und ermöglichen so eine rasche Erhöhung der Produktivität. Im Zeichen einer gewaltigen Hochkonjunktur entwickelt sich Deutschland innerhalb von wenigen Jahrzehnten zum Industriestaat.

Auch in der Landwirtschaft kann durch eine neue, rationellere Produktionsweise der Ertrag um ein Vielfaches gesteigert werden. In einer völlig überhitzten konjunkturellen Situation schießen Unternehmen wie Pilze aus dem Boden. Dieser Welle von Unternehmensgründungen zwingt die Industriestädte ein oft unorganisches Wachstum auf, das häufig irreparable soziale Folgen hat.

1873 bricht die "Epidemie entfesselter Geldgier" zusammen. Der Börsenkrach, der von Wien nach Berlin übergreift, führt zu gewaltigen Kursstürzen am Aktienmarkt und damit erstmals zu einer Wirtschaftskrise.

2. Sozialer Strukturwandel und politische Theorien.

Die Jahre der raschen wirtschaftlichen Entwicklung zwischen 1850 und 1870 bedeuten auch den Übergang vom vormärzlichen Landarbeiter und Handwerker - Proletariat zum Industrieproletariat. Gleichzeitig beginnt die Verstädterung. Das soziale Elend der Arbeiter ist unbeschreiblich. Zur gleichen Zeit breiten sich neue sozialistische Theorien aus, die die Befreiung der Arbeiterklasse nur durch den Sturz des Kapitalismus für möglich erklären und setzt die große Ost-West-Wanderung ein.

Die Lage der Industriearbeiter bessert sich durch die günstige Konjunktur der Wirtschaft keineswegs. Die katholischen und evangelische Kirche richten karitative Vereine für Gesellen und Arbeiter ein; **Kolping und Ketteler, Wichern und Bodelschwingh** versuchen, aus dem Geist des Christentums eine Antwort auf die sozialen Probleme der Zeit zu finden. Für Marx und Engels dagegen ist die Arbeiterklasse kein Gegenstand der Fürsorge. Es geht nicht um reformistische Verbesserungen, sondern das System der kapitalistischen Ausbeutung selbst müsse in einem Akt der Selbstbefreiung durch diejenigen abgeschafft werden, die seine Opfer seien.

Zu Beginn der Revolution von 1848 hatten Marx und Engels in London das "**Manifest der Kommunistischen Partei**" verfaßt.

Erst jetzt gewinnt es allgemeine Bedeutung. Es endet mit den Sätzen: "Proletarier haben nichts zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen **Proletarier aller Länder, vereinigt euch!**" In den 1850er und 1860er Jahren geht Marx daran, die Bewegungsgesetze und Tendenzen der kapitalistischen Produktionsweise zu erforschen, um nachzuweisen, daß die Revolution des Proletariats nicht nur ein subjektiver Willensakt, sondern zugleich eine objektiv-historische Notwendigkeit sei. Diese grundlegenden Untersuchungen veröffentlicht er in seinem unvollendeten Hauptwerk "**Das Kapital**", dessen erster Band 1867 erscheint.

3. Parteien und Vereine.

Die industrielle Revolution verändert mit der sozialen auch die politische Landschaft grundlegend. Die bisherigen parteiähnlichen Gruppierungen suchen sich den neuen Verhältnissen anzupassen und entwickeln Programme die von je unterschiedlichem Standpunkt

eine Antwort auf die Probleme der werdenden, Industriegesellschaft zu geben versuchen. **Ferdinand Lassale** gründet 1863 den "Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein: Er fordert das allgemeine, gleiche Wahlrecht sowie staatlich unterstützte Produktivgenossenschaften. 1869 tritt neben den "**Allgemeinen Deutschen Arbeitervereine**" eine von August Bebel und Wilhelm Liebknecht geführte strenger an Marx orientierte Arbeiterpartei; die in Eisenach gegründete "Sozialdemokratische Arbeiterpartei" (SDAP). Beide Richtungen, "**Lassaleaner**" und "**Eisenacher**" vereinen sich 1875 in Gotha zu einer einheitlichen deutschen Arbeiterpartei.

Unter anderen Vorzeichen kämpfen die Konservativen gegen die sozialen Folgen der industriellen Revolution. Der Konservatismus bekämpft den "**vermeintlichen Fortschritt**" als Angriff auf die natürliche, von Gott bestimmte Ordnung des menschlichen Lebens. Sein Kampf gegen den Liberalismus ist zugleich ein Kampf um die Bewahrung der alten Ordnung gegen die aufstrebende Macht des industriellen Bürgertums.

Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Forderungen des Liberalismus: Sicherung des Rechtsstaates, parlamentarische Kontrolle der Exekutive, uneingeschränkte Freiheit im Wirtschaftsleben und in den sozialen Beziehungszielen auf eine Gesellschaft freier und unabhängiger Bürger.

Die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Verwirklichung eines solchen Bürgerideals sind allerdings noch kaum vorhanden. Die sich daraus ergebende Notwendigkeit einer staatlichen Sozialpolitik gerade im Interesse der eigenen Ziele wird trotzdem nur von wenigen erkannt.

Die Ablösung des geisteskranken **Friedrich Wilhelm IV.** durch **Prinz Wilhelm**, den späteren **kaiser Wilhelm I.**, leitet eine "**Neu Ära**" in Preußen ein: Das reaktionäre Ministerium wird entlassen, das Abgeordnetenhaus aufgelöst. Bei den diesmal nicht von der Regierung kontrollierten Wahlen gewinnen die Liberalen eine überwältigende Mehrheit. **Prinz Wilhelm** beruft ein liberal-konservatives Ministerium und weckt mit seiner Regierungserklärung bei den Liberalen nicht nur in Preußen, sondern in ganz Deutschland große Erwartungen. Kleindeutsche Liberale und Demokraten gründen 1859 den Nationalverein. Der organisierte Bürgerwille soll die Einigung Deutschlands unter preußischer Führung vorantreiben. Der Nationalverein nimmt das Konzept von 1848 wieder auf. Er fordert eine Zentralregierung und die Berufung einer Nationalversammlung. Er ist bereit, mit den Fürsten zusammenzuarbeiten. Nur wenige von ihnen, wie zum Beispiel der badische Großherzog, gehen jedoch darauf ein.

4. Die Reichsgründung.

Bismarck, innenpolitisch als "**Konfliktminister**" scheinbar hoffnungslos isoliert, gelingt dank seines überragenden diplomatischen Geschicks eine Reihe eindrucksvoller außenpolitischer Erfolge.

Im Konflikt um Schleswig-Holstein, in dem sich alle nationalen Kräfte - ob kleindeutsch oder großdeutsch leidenschaftlich engagieren, übernimmt Preußen die Führung und zwingt Österreich an seine Seite. Mit Preußens Sieg ist der Kampf um die Vormachtstellung in Deutschland endgültig zu seinen Gunsten entschieden. Der neu gegründete Norddeutsche Bund, dem alle Staaten nördlich der Mainlinie angehören, ist offenkundig nur eine Übergangslösung. Seine Verfassung ist bereits auf den möglichen Beitritt der süddeutschen Staaten hin angelegt. Durch die erfolgreiche expansive Machtpolitik Preußens sieht sich das Frankreich **Napoleons III.** in seiner Vormachtstellung bedroht. Die ständig wachsenden Spannungen führen schließlich über die Verwicklungen um die Hohenzollernsche Thronkandidatur zum kriegerischen Konflikt. In ihm stellen sich die süddeutschen Staaten sofort auf die Seite Preußens. Im besiegten Frankreich wird

Wilhelm I. am 18. Januar 1871 zum deutschen Kaiser, zum Oberhaupt des neuen Deutschen Reiches, proklamiert.

Der Österreich-preußische Dualismus im Kampf um die politische und wirtschaftliche Vormachtstellung in Deutschland spitzt sich 1866 zur kriegerischen Auseinandersetzung zu. Durch den Sieg Preußens bei **Königgrätz** triumphiert das Bismarcksche Konzept der "**nationalen Einigung von oben**", erzwungen mit den Mitteln der Diplomatie und des Krieges. Unter dem Eindruck der Erfolge Bismarcks beugt sich die Mehrheit des Parlaments. Im Herbst 1866 entsteht die national-liberale Fraktion. Auf sie kann Bismarck seine Politik für mehr als ein Jahrzehnt stützen.

Ganz Deutschland reagiert auf die Kriegserklärung Frankreichs mit nationaler Empörung. In unerwarteter Schnelligkeit vollzieht sich mit Hilfe der neuen Eisenbahnen der Aufmarsch an der französischen Grenze. In der Schlacht von Sedan wird der entscheidende Sieg über die kaiserliche Armee erfochten. Zu den Gefangenen gehört auch **Napoleon III.** In Deutschland wird der Sieg von Sedan überschwänglich gefeiert. Die Waffenbrüderschaft von Sedan leitet ein neues Kapitel deutscher Geschichte ein: In maßloser Selbstüberhebung wird der Sieg über die Franzosen als schicksalhaftes Signum für die Berufung der Deutschen zu Größe und Einheit gedeutet. Der Krieg tritt in eine neue Phase: In Paris wird die Republik ausgerufen; **Leon Gambetta** organisiert den Volkskrieg.

Diplomatische Verhandlungen und die militärische Macht Preußens ermöglichen die Reichsgründung "**von oben**". Nicht aus Beschlüssen einer deutschen Nationalversammlung, sondern aus völkerrechtsähnlichen Verträgen zwischen den verschiedenen Monarchen und Regierungen, die dann vom norddeutschen Reichstag und von den süddeutschen Landtagen ratifiziert werden, entsteht das Deutsche Reich.

Am 18. Januar 1871 wird der Akt der Reichsgründung vollzogen: die Kaiserproklamation vor den deutschen Fürsten im Spiegelsaal von Versailles ist ein preußisch-militärisches Schauspiel, eine Selbstdarstellung des Fürstenstaates. Die nationale Begeisterung des Volkes für das neu gewonnene Reich überdeckt nur scheinbar die tiefen inneren Gegensätze im Bündnis Bismarcks mit der liberalen und nationalen Bewegung.

Fragen und Aufgaben.

1. Wie war die Lage in Deutschland in den Jahren 1847 – 48?
2. Was bedeutet die „Epidemie entfesselter Geldgier“?
3. Sprechen Sie über die Tätigkeit von Marx und Engels.
4. Welche Parteien und Vereine existierten in jener Zeit?
5. Wer war Bismarck und sprechen Sie über seine Tätigkeit.
6. Wie wurde der Schlacht in Sedan beendet?
7. Wann wurde der Reichstag gegründet?
8. Wer wurde am 18. Januar 1871 zum deutschen Kaiser proklamiert?
9. Sprechen Sie über den Sieg im Sedan.
10. Wann wurde der Akt der Reichsgründung vollzogen?

Thema N4. Das kaiserliche Deutschland.

Plan zur Vorlesung:

1. Der kleindeutsche Nationalstaat.
2. Das Reich unter Bismarck.
3. Das Wilhelminische Deutschland.
4. Die deutsche Außenpolitik (1871-1914).
5. Literatur.

Literatur:

1. Fragen an die Deutsche Geschichte (Wege zur parlamentarischen Demokratie). Bonn, Varus Verlag 2000. S 167-193.
2. Tatsachen über Deutschland. 2001.

Stichwörter:

Reichsverfassung und innere Ordnung, die Parteien des Reichstages, die Rolle des Kanzlers in der Politik, schwere Krisen, Einheit von oben, Regierung über Parteien, Strafgesetzbuch, BDI, BDI .

1. Der kaisedeutsche Nationalstaat.

Das deutsche Kaiserreich von 1871 bringt die langersehnte nationale Einheit, wenn auch nur eine "**Einheit von oben**". Die Souveränität liegt nicht beim Volk , sondern bei den 22 Fürsten und drei freien Städten, die sich zu einem Bundesstaat zusammengeschlossen haben. Das Übergewicht Preußens ist erdrückend. Viele Wünsche der liberalen und der demokratischen Bewegung in Deutschland bleiben offen. Der Reichskanzler ist politisch dem Kaiser, nicht dem Parlament verantwortlich. Die Rechte des aus demokratischen Wahlen hervorgegangenen Reichstags beschränken sich im wesentlichen auf die Mitwirkung bei der Gesetzgebung.

Der Kampf um den Ausbau seiner Befugnisse und um die Parlamentarisierung des Reiches bleibt ein zentrales innenpolitisches Problem. Dieser unvollendete Verfassungsstaat ist aber auch ein unvollendeter Nationalstaat, da er grosse deutschsprachige Bevölkerungsgruppen außerhalb seiner Grenzen lässt. Auf der anderen Seite schaffen nationale Minderheiten im Reich erhebliche Integrationsprobleme.

Der Reichstag ist neben dem Kaiser die wichtigste Institution der Verfassung. Sein politischer Einfluss beschränkt sich jedoch im wesentlichen auf das Gebiet der Gesetzgebung. Auf Regierungsbildung und Regierungspolitik hat er nur einen sehr begrenzten Einfluss. Charakteristisch für das Reich ist die "**Regierung über den Parteien**" und die Zurückdrängung der Volksvertretung auf eine Position, in der sie bei entscheidenden politischen Fragen bloß zur unverbindlichen Meinungsäußerung aufgerufen ist. Für dieses System kommt schon damals das Schlagwort von der "**Kanzlerdiktatur**" auf.

Die Verfassung von 1871, entscheidend von **Fürst Otto von Bismarck** geprägt, garantiert dem Reichskanzler eine Machtfülle, die von Parlament und von den Parteien weder kontrolliert noch eingeschränkt werden kann. Nicht ihnen, sondern nur dem Kaiser ist der Kanzler politisch verantwortlich. Das Loyalitäts- und Vertrauensverhältnis zwischen beiden ist daher Voraussetzung für dieses Amt. Sein Inhaber über die Richtlinien der Politik zu bestimmen. Er schlägt dem Kaiser die Ernennung und Entlassung der mit der Verwaltung der Reichsämter betrauten Staatssekretäre vor, er führt den Vorsitz im Bundesrat.

Das Deutsche Reich ist ein Bundesstaat, in dem Preußen ein erdrückendes Übergewicht besitzt. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung lebt in seinen Grenzen. Nahezu zwei Drittel des Reichsgebietes sind preußisch. Im Bundesrat, dem Gesetzgebungsorgan der Bundesstaaten, verfügt Preußen über eine **Sperrminorität**.

Mit der Reichsgründung wird ein einheitlicher Wirtschafts- und Zollraum geschaffen, der in Verbindung mit den bereits bestehenden technischen Möglichkeiten industrieller Produktion zu einem rapiden wirtschaftlichen Aufschwung führt. Auch auf den Gebieten des Verkehrswesens, der Post, des Münz-, Maß- und Gewichtswesens sowie der Rechtsvereinheitlichung wird der innere Ausbau des Reiches vorangetrieben: 1872 wird ein einheitliches **Strafgesetzbuch (StGB)**, 1900 ein Bürgerliches Gesetzbuch (**BGB**) eingeführt. Beide sind heute, nur teilweise geändert oder ergänzt, in Kraft.

Das protestantische Bildungsbürgertum und das industrielle Großbürgertum sind die Hauptträger der Nationalliberalen Partei. Ihre Politik zielt auf einen nationalen Machtstaat und

zugleich auf einem liberalen Rechtsstaat. Bis 1878 ist die Nationalliberale Partei auch der wichtigste parlamentarische Bundesgenosse Bismarcks.

Konsequenter Ausbau des Rechtsstaates und parlamentarische Monarchie sind die Ziele des Linksliberalismus, Handwerk und die freie Berufe seine soziale Basis. Bis 1910 bleibt der Linksliberalismus in die Deutsche Fortschrittspartei und die Deutsche Volkspartei gespalten. Der süddeutsche und der rheinische politische Katholizismus sind allerdings mehr als eine rein konfessionelle Interessenvertretung.

1875 schlossen sich in Gotha die "**Lassalleaner**" des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins von 1863 und die stark von Karl Marx beeinflusste **Sozialdemokratische Arbeiterpartei** von 1869 zur **Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands** (SAPD) zusammen. Später trägt die Partei den Namen "**Sozialdemokratische Partei Deutschlands**".

Das Reich unter Bismarck.

Schwere Krisen, die nicht durch die Folgen des ungehemmten wirtschaftlichen Aufschwungs nach 1871 bestimmt sind, kennzeichnen die innere Entwicklung des Reiches.

Auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzung mit dem Zentrum läßt Bismarck den Reichstag seine politische Macht spüren. Er legt 1874 den Entwurf eines Reichsmilitärgesetzes vor, nach dem die Präsenzstärke des deutschen Heeres in Friedenszeiten ständig auf 402.000 Mann festgelegt werden soll. Dieses "**Äternat**" aber hätte dem Reichstag die Beschlussfassung über vier Fünftel des Staatshaushalts entzogen. Das "**Septennat**" wird der Kompromiß; Angesichts der starken französischen Aufrüstung billigt der Reichstag eine Festlegung des Militärhaushalts für jeweils sieben Jahre. Damit besitzt nur noch jeder zweite Reichstag das volle Budgetrecht, die schärfste Waffe des Parlaments gegenüber dem Kanzler und der Regierung. Stärker noch wird die innere Struktur des Reiches erschüttert durch den Kampf gegen die Sozialdemokratie, den Bismarck aus Sorge vor einer sozialen und politischen Revolution und "**roter Anarchie**" im Frühjahr 1878 beginnt, als er zwei von Einzelgängen auf den Kaiser verübte Attentate der Sozialdemokratie in die Schuhe schiebt.

Der Reichstag wird aufgelöst. Eine gefügige Parlamentsmehrheit beschließt das Sozialistengesetz. Alle sozialistischen und kommunistischen Vereine und Versammlungen werden aufgelöst. Sozialistische "Agitatoren" werden von den Polizeibehörden ausgewiesen.

In der wirtschaftlichen Krisenzeit nach 1873 radikalisiert sich die Arbeiterbewegung. Zugleich entstehen die ersten grossen industriellen und agrarischen Interessenverbände. Sie fordern eine Abkehr von liberalen Freihandel und treten für ein Schutzzollsystem ein.

Die Agrarkrise der 1870er Jahre führt auch bei den ostdeutschen Großgrundbesitzern zu einer Abkehr vom Freihandel.

Die Hoffnung auf Parlamentarisierung, das heißt eine wirkliche Kontrollfunktion des Reichstags gegenüber der Exekutive, ist zerschlagen. Das Reich gewinnt in mancher Beziehung den Charakter eines Klassenstaates. Zu Recht nennt man diese innenpolitische Wende von 1878/79 auch eine "zweite Reichsgründung".

3. Das Wilhelminische Deutschland .

Kampf gegen die Sozialdemokratie, schroffe Nationalitätenpolitik, preußisches Dreiklassenwahlrecht und Fehlschläge auf dem Weg zu einer parlamentarisch verantwortlichen Regierung, das sind die grossen innenpolitischen Krisenherde der "Wilhelminischen Ära".

Kaiser Wilhelm II. will den politischen Einfluß Bismarcks zurückdrängen. Er strebt nach einem "persönlichen Regiment". Ein "**neuer Kurs**" soll eingeschlagen werden: im innern Aussöhnung mit der Sozialdemokratie, in der Außenpolitik die Erringung einer

Weltmachtstellung. Darüber kommt es zum Konflikt mit dem Kanzler Bismarck, der seine Politik der Eindämmung des Sozialismus, aber auch des Nationalismus ebenso gefährdet wie sein Konzept der Friedenssicherung. 1890 wird Bismarck entlassen.

1895 beginnt für die deutsche Industrie erneut eine Phase der Hochkonjunktur und der stürmischen technischen Entwicklung.

Bereits in den 1860er Jahren waren Gewerkschaften zur wirtschaftlichen und sozialen Interessenvertretung der Arbeiter entstanden. Aber erst nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes können sie sich zu Massenorganisationen entwickeln.

Auch die Arbeitgeber bilden große und einflussreiche Organisationen. Als Antwort auf den großen Streik der Textilarbeiter in **Crimmitschau** (1904) schließen sich die Arbeitgebervereine zu zwei Dachorganisationen zusammen: der "**Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände**" und dem "**Verein Deutscher Arbeitgeberverbände**"; beide sind auf das engste mit dem "**Centralverband deutscher Industrieller**" verbunden. Vom schutzzöllnerischen, konservativen CVdI hat sich der "**Bund der Industriellen**" (BdI) abgespalten. Er vertritt vor allem die aufkommende chemische sowie die exportorientierte mittelständische Industrie und lehnt sich an die Nationalliberalen an. Gegen die Senkung der Getreidezölle kämpft seit 1893 der "**Bund der Landwirte**" (BdL). Zu seinen "Kampfmitteln" gehört auch eine scharf antisemitische Agitation.

Führende Linksliberale wie **Max Weber** und **Friedrich Naumann** versprechen sich von einer dynamischen Außenpolitik ein Aufbrechen der verhärteten Strukturen in der Innenpolitik. Ein Kaisertum der sozialen Reformen soll die Arbeiterschaft mit dem Staat versöhnen. Doch Naumann und sein 1896 gegründeter Nationalsozialer Verein scheitern an den vorherrschenden konservativen Interessen.

Im Oktober 1908 erscheint ein die deutschen Außenbeziehungen stark belastendes Interview des Kaisers mit dem "**Daily Telegraph**". Alle Parteien sind über diese kaiserliche Eigenmächtigkeit empört. Reichskanzler von Bülow ist nicht gewillt, vor dem Parlament dafür die Verantwortung zu übernehmen.

4. Die deutsche Außenpolitik. (1871-1914)

Mit der Reichsgründung entsteht 1871 in Mitteleuropa ein wirtschaftliches und militärisches Machtzentrum, das die andere Großmächte als latente Bedrohung des europäischen Gleichgewichts ansehen.

Die "Weltpolitik" von **Wilhelm II.** soll Deutschland einem "**Platz an der Sonne**" sichern. Die Kolonialpolitik wird von Bismarck dem Ziel untergeordnet. Spannungen des europäischen Konfliktherdes an die "Peripherie" zu verlagern. Nur zögernd und geleitet von innereuropäischen Gleichgewichtsüberlegungen gibt er dem Drängen des Kolonialvereins und der Gesellschaft für deutsche Kolonisation mit Carl Peters an der Spitze nach; In den Jahren 1884/85 werden Teile **Südwestafrikas, Kamerun, Togo, einige Südsee-Inseln** und ein Gebiet in **Ostafrika** deutsche Kolonien.

Die Versuche, das deutsche Kolonialreich zu erweitern, haben jedoch nur geringen Erfolg; zwischen 1897 und 1899 kommen **Tsingtau, die Karolinen - Marianen - Palau - Inseln** und **Teile der Samoa Inseln** als Kolonien hinzu. Die markigen Reden des Kaisers und die Brutalität der "**Expeditionscorps**" und "**Schutztruppen**" bei der Niederschlagung von Aufständen in den Kolonien schaden dem deutschen Ansehen in der Welt.

Das deutsch-französische Wettrennen und die Flottenrivalität mit England sind ebenso Ursachen des Ersten Weltkrieges wie die offensive Balkanpolitik Rußlands und die enge Verknüpfung des Deutschen Reiches mit dem ungewissen Schicksal des Österreichischen Vielvölkerstaates.

1917 treten die USA in den Krieg ein. Im gleichen Jahr siegt in Rußland bolschewistische Revolution. Die Niederlage des deutschen Reiches ist zugleich eine Niederlage seiner konservativen Führungsschicht. Der Kampf um eine innere Neugestaltung im Sinne einer sozialen Demokratie beginnt unter der Bürde des Friedensdiktats von **Versailles**.

Der jahrelange Stellungskrieg vor Verdun, in Nordfrankreich und in Flandern fordert den furchtbaren Blutzoll von Millionen Soldaten.

Der 8. August 1918 wird zum Schwarzen Tag des deutschen Heeres; Alliierte Panzer durchbrechen die Front bei Amiens. Im Osten ist das Reich zunächst militärisch in der Defensive. Im August 1914 wird Ostpreußen von der "russischen Dampfwalze" bedroht. Diese Gefahr wird jedoch von General von Hindenburg in den Kesselschlachten von Tannenberg und an den Masurischen Seen gebannt. 1917 gestattet die Oberste Heeresleitung Lenin, dem Führer der Bolschewiki, die Durchreise durch Deutschland in einem Eisenbahnwagen.

Im Dezember 1916 sucht das Reich erstmals um Friedensverhandlungen nach. Die militärischen und innenpolitischen Spannungen des Jahres 1917 veranlassen Wilhelm II., eine Reform des Dreiklassenwahlrechts in Preußen in Aussicht zu stellen. In den sogenannten Oktober-Reformen von 1918 wird unter dem neuen Reichskanzler **Prinz Max** von Baden der entscheidende Schritt zu einem parlamentarischen Regierungssystem getan - allerdings zu spät, wie sich schon bald zeigt

Fragen und Aufgaben.

1. Was brachte 1871 für Deutschland?
2. Sprechen Sie über den Reichstag jener Zeit.
3. Was legte Bismarck 1874 vor?
4. Wie war Deutschland in der Zeit des Willhelmschen Deutschlands?
5. Sprechen Sie über die Deutsche Außenpolitik in den Jahren 1871 – 1914.
6. Wer war Prinz Max von Baden?
7. Welche Rolle spielte Bismarcks Reich in Deutschland?
8. Warum wurde die Arbeitsbewegung jener Zeit radikalisiert?
9. Welche Organisationen werden gegründet?
10. Wann trat die USA in den Krieg gegen das deutsche Reich ein?

Thema N 5. Die Weimarer Republik.

Plan zur Vorlesung:

1. Die Revolution von 1918/1919 und der Weg in die Republik.
2. Die Parteien der Weimarer Republik.
3. Das Krisenjahr 1923.
4. Die Weltwirtschaftskrise.
5. Die Auflösung der Republik.
6. Literatur.

Literatur:

1. Fragen an die Deutsche Geschichte (Wege zur parlamentarischen Demokratie). Bonn, Varus Verlag 2000. S 208-248.
2. Tatsachen über Deutschland. 2001.

Stichwörter:

Der Versailler Vertrag und seine innenpolitischen Folgen, die Verfassung, Die Begründung der Parteien.

1. Die Revolution von 1918/1919 und der Weg in die Republik.

Zu einer wirklichen politischen und gesellschaftlichen Durchsetzung des demokratischen Gedankens ist es auch in der Revolution 1918/19 nicht gekommen. Zwar wird das bisherige System der konstitutionellen Monarchie mit seinen stark obrigkeitstaatlichen Zügen durch die parlamentarische Demokratie ersetzt. Weitergehende Vorstellungen von einer tiefgreifenden Umgestaltung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft in demokratischen Sinne vermögen sich jedoch nur sehr begrenzt durchzusetzen. Der Historiker **Friedrich Meinecke bilanziert im Frühjahr 1919: Bisher sei "keine völlige Revolution der Staats - und Gesellschaftsordnung bei uns erfolgt".**

Anfang Oktober 1918 bildet der neu Reichskanzler Prinz **Max von Baden** sein Kabinett in enger Bindung an die Mehrheitsparteien des Reichstages. Deren Bemühungen um eine Parlamentarisierung der Reichsexekutive sind damit von Erfolg gekrönt.

Wilhelm II. und die militärische Führung sind allerdings keineswegs bereit, sich der neu parlamentarisch getragenen Reichsregierung unterzuordnen. So spitzt sich binnen weniger Tage die innere Krisensituation dramatisch zu. Ausgehend von den Seehäfen, in denen die Matrosen der Kriegsflotte zu meutern beginnen, breitet sich die revolutionäre Bewegung über ganz Deutschland aus. In vielen Städten übernehmen spontan gebildete Arbeiter - und Soldatenräte die politische und militärische Gewalt. Der Ruf nach Abdankung des Kaisers wird immer lauter.

Am 9. November 1918 erreicht die revolutionäre Welle Berlin. Reichskanzler **Max von Baden** setzt die Abdankung Wilhelms II. durch und übergibt sein Amt an den Sozialdemokraten **Friedrich Ebert**. Doch die Ereignisse überstürzen sich. Von einem Fenster des Reichstagsgebäudes ruft Eberts Parteifreund **Philipp Scheidemann** die "**Deutsche Republik**" aus. Der Führer des Spartakusbundes, **Karl Liebknecht**, proklamiert wenig später vor dem Schloß die "**freie sozialistische Republik**". Damit beginnt die Auseinandersetzung um die innere Gestalt der neuen Republik. Grundlegende Differenzen vor allem in der Militärpolitik führen am 28. Dezember 1918 zum Austritt der **USPD-Vertreter** aus dem Rat der Volksbeauftragten. Die linksradikalen, im Spartakusbund organisierten Kräfte entfesseln im Januar 1919 in Berlin einen Aufstand, den die Regierung durch Freikorps blutig niederschlagen läßt. Die Truppen, mit denen die SPD-Führung die Republik schützen will, sind jedoch selbst antidemokratisch. Mit der Ermordung von **Rosa Luxemburg** und **Karl Liebknecht** durch Freikorpsoldaten am 15. Januar 1919 beginnt die lange Kette politischer Morde, die auf das Konto der äußersten Rechten gehen.

2. Die Parteien der Weimarer Republik.

Mit der Revolution von 1918/19 und der Verabschiedung der Weimarer Verfassung rücken die Parteien in das Zentrum der politischen Macht. Trotz mancher Neuansätze bleibt jedoch eine durchgängige Anpassung der ganz durch das politische System des Kaiserreichs geprägten Parteien an die Erfordernisse der neuen parlamentarisch-demokratischen Ordnung aus.

So geht die anfänglich breite Mehrheit der "Weimarer Koalition" aus Sozialdemokraten, Zentrum und Linksliberalen bereits in der ersten Reichstagswahl vom Juni 1920 verloren. Die Regierungsverantwortung liegt danach überwiegend in der Hand politisch instabiler bürgerlicher Minderheitskabinette.

Die seit 1917 in der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USPD) organisierte Linke tritt bereits innerlich gespalten in die Weimarer Republik ein. Während die Mehrheit der Partei einen Kurs sozialistischer Reformen in Zusammenarbeit mit der SPD befürwortet, tendiert der Linke Flügel eher zum radikalsozialistischen Programm des Spartakusbundes. Nachdem Scheitern der Kooperation mit der SPD radikalisiert sich die USPD zunehmend und bricht schließlich 1920 auseinander. Erst jetzt steigt die aus dem Spartakusbund hervorgegangene KPD zu einer Massenpartei der Arbeiterschaft auf. Auch nach

der Aufgabe ihrer Putschtaktik seit 1923 steuern die Kommunisten einen kompromisslosen Oppositions- und **Obstruktionskurs** gegen die Weimarer Republik und tragen ihren Teil zu der nach 1929 immer breiter werdenden antidemokratischen Mehrheit bei.

Der Sozialdemokratie, der bisherigen Opposition, fällt mit der Revolution von 1918\19 die politische Führungsrolle in Deutschland zu.

Von 1919 bis 1932 ist das Zentrum als wichtige ausgleichende Kraft an allen Reichsregierungen beteiligt und stellt mehrfach den Kanzler. Unter dem 1928 neugewählten **Parteivorsitzenden Kaas** und insbesondere während der **Kanzlerschaft Brüning** setzt sich jedoch die konservativere Richtung auch hier stärker durch. Die Bereitschaft und Fähigkeit des Zentrums zur Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie geht mehr und mehr zurück.

3. Das Krisenjahr 1923.

Wie in einem Brennspiegel lassen sich in der Geschichte des 1923 nahezu alle politischen, wirtschaftliche und sozialen Probleme fassen, die die Begründung und Stabilisierung einer demokratischen Ordnung in Deutschland nach 1918 so erschwert haben. Am Jahresanfang steht der Einmarsch französischer und belgischer Truppen in das Ruhrgebiet, das industrielle Herzstück des Deutschen Reiches. Die Besatzungstruppen sollen die französischen Reparationsansprüche, insbesondere auf die Ruhrkohle, durchsetzen und das Ruhrgebiet als politisches Faustpfand sichern. In Deutschland löst die Ruhrbesetzung eine Welle der nationalen Empörung aus. Die Reichsregierung ruft zum passiven Widerstand gegen die Besatzungsmacht auf. Doch die enormen Kosten der Widerstandsaktionen und der industriellen Produktionsausfälle stürzen die deutsche Wirtschaft in eine finanzielle Katastrophe. Die als Folge der Kriegsschuldung und der Reparationsverpflichtungen ohnehin schon galoppierende Inflation geht nun in die Hyperinflation über. Binnen weniger Monate verliert die deutsche Währung nahezu jeden Wert.

Am 26. September 1923 setzt **Stresemann** zunächst gegen starken Widerstand gerade auch in seiner eigenen Partei den bedingungslosen Abbruch des Ruhrkampfes durch. Vor dem Reichstag wehrt er sich zehn Tage später gegen den Verratsvorwurf der "nationalen" Rechten: "Der Mut, die Aufgabe des passiven Widerstandes verantwortlich auf sich zu nehmen, ist vielleicht mehr national als die Phrasen, mit denen dagegen angekämpft wurde." Zugleich werden durchgreifende Massnahmen zur Sanierung der deutschen Währung eingeleitet. In Sachsen marschieren Einheiten der Reichswehr ein, die dortige Volksfrontregierung wird ihres Amtes enthoben.

Wie durch ein Wunder behauptet sich die Republik in der Zerreissprobe des Herbstes 1923. Die akute Putschgefahr von links und rechts wird gebannt, eine Zeit der Stabilisierung beginnt. Doch bleiben die antidemokratischen Vorbehalte gegen die Republik in weiten Kreisen der Bevölkerung wie auch in Bürokratie, Justiz und Militär sehr gross. Vor allem aber verlieren erhebliche Teile des Mittelstandes aufgrund des traumatischen Erlebnisses der Inflation ihr Vertrauen in die republikanische Ordnung.

4. Die Weltwirtschaftskrise.

Alle Ansätze zu einer weitergehenden und dauerhaften Stabilisierung in Deutschland werden durch die Weltwirtschaftskrise zerstört. Der Zusammenbruch der New Yorker Börse am 25. Oktober 1929 rückt mit einem Schlag die durchaus schon vorhandenen Krisensymptome in das allgemeine Bewusstsein. Investitionsrückgang, Produktionsstilllegungen, Einkommenskürzungen, Massenarbeitslosigkeit und Schutzzollpolitik beeinflussen und beschleunigen wechselweise die weltweite wirtschaftliche **Talfahrt**. Die Krise trifft in Deutschland auf eine Wirtschaft mit deutlichen strukturellen Schwächen. Die Landwirtschaft klagt seit Jahren über sinkende Einkünfte und ist stark überschuldet. Die

Modernisierung der Industrie, die rege Bautätigkeit der Städte und Gemeinden, ja überhaupt der Aufschwung der zwanziger Jahre sind zu grossen Teilen mit kurzfristig angelegtem ausländischem Kapital finanziert worden. Diese Gelder werden nun angesichts des allgemeinen Finanzmangels schrittweise abgezogen.

Eine verheerende Wirkung auf das Vertrauen der ausländischen Kapitalgeber geht dabei gerade auch von den politischen Ereignissen in Deutschland aus, vor allem von den Wahlerfolgen der Nationalsozialisten.

Mitte 1931 verschärft sich die Krise dann noch einmal durch eine Reihe von Bankzusammenbrüchen, die wiederum namhafte Industriekonzerne mit in den Strudel reissen. Das Kernproblem der Weltwirtschaftskrise aber ist die Massenarbeitslosigkeit. Die auch in den Jahren der relativen Prosperität hohe Zahl der Arbeitslosen steigt seit Ende 1929 sprunghaft an. Ein Jahr später werden bereits vier Millionen Arbeitslose registriert, und Anfang 1932 wird die Sechs-Millionen-Grenze überschritten, denen nur 12 Millionen Beschäftigte gegenüberstehen. Die soziale Absicherung vor allem der längere Zeit Arbeitslosen ist völlig unzureichend. Staat und Gemeinden entwickeln zwar allmählich ein ganzes Instrumentarium von Arbeitsbeschaffungsmassnahmen, das jedoch zunächst ohne durchschlagende Wirkung bleibt. So führt die Wirtschaftskrise schliesslich zur Verelendung weiter Bevölkerungskreise und zu einer allgemeinen politischen Radikalisierung, der sich die ohnehin auf schwachen Fundamenten errichtete demokratische Ordnung von Weimar nicht gewachsen zeigt.

5. Die Auflösung der Republik.

In den letzten Jahren der Weimarer Republik werden Lösungen zur Überwindung der wirtschaftlichen Krisensituation und der von ihr ausgehenden politischen Radikalisierung mehr und mehr außerhalb der parlamentarisch-demokratischen Ordnung gesucht. Begünstigt durch die Schwierigkeiten einer demokratischen Mehrheitsbildung verlagern sich die politischen Gewichte zunehmend von den Parteien und dem Parlament zum Reichspräsidenten und seinen konservativen Beratern. Durch die Bestrebungen zur autoritären Umgestaltung der Republik werden die demokratischen Kräfte und Institutionen nachhaltig geschwächt. So fällt schliesslich am 30. Januar 1933 die politische Macht in die Hände der Nationalsozialisten.

In der Reichspräsidentenwahl 1932 unterliegt **Hitler** zwar **Hindenburg**, der von allen demokratischen Parteien unterstützt wird, aber die NSDAP steigt im Juli 1932 endgültig zur stärksten Partei auf.

Mit dem Sturz **Brünings** Ende Mai 1932 beginnt die letzte Phase im Auflösungsprozess der Weimarer Republik. **General von Schleicher** und der neue Reichskanzler **Papen**, die wichtigsten Berater des Reichspräsidenten, versuchen, die Dynamik der nationalsozialistischen Bewegung für ihre eigenen politischen Ziele einzusetzen. Das SA-Verbot wird aufgehoben, der Reichstag wird aufgelöst, die SPD-geführte preussische Landesregierung wird ihres Amtes enthoben. Doch gelingt es nicht, der Regierung die Tolerierung durch die **NSDAP-Fraktion** zu sichern; Hitler fordert kompromisslos die ganze politische Macht. Gegen Ende des Jahres 1932 ist das politische Konzept der konservativen Kräfte endgültig gescheitert. Auch Schleichers überraschende politische Schwenkung hin zu den Gewerkschaften und zum Strasser-Flügel der NSDAP vermag die Kanzlerschaft Hitlers nicht mehr zu verhindern.

Fragen und Aufgaben.

1. Sprechen Sie über die Revolution von 1918/1919 und über den Weg in die Republik.
2. Wann wurde die Weimarer Republik gegründet?
3. Wann begann das Kriegesjahr in Deutschland?
4. Wodurch entstand die Weltwirtschaftskrise?
5. Worin besteht das Kernproblem der Weltwirtschaftskrise?

6. Sprechen Sie über die Auflösung der Weimarer Republik.
7. Welche Aufgaben hatte der Spartakusbund in Deutschland?
8. Welche Rolle spielte die sozialdemokratische Bewegung in Deutschland?

Thema N 6. (4 Stunde) VI. Das dritte Reich.

Plan zur Vorlesung.

1. Einführung.
2. Die Anfänge der nationalsozialistische Bewegung.
3. Die Partei und Organisation.
4. Die Machtergreifung.
5. Der Reichstagsbrand.
6. Der SS - Staat.
7. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.
8. Judenverfolgung und Judenvernichtung.
9. Der Weg in den Krieg und in die Niederlage.
10. Literatur.

Stichwörter

Anti-Hitler Koalition, das Unternehmen von Barbarossa, bedingungslose Kapitulation, das dritte Reich, NSDAP, SA (Sturmabteilung), SS (Schutzstaffel), Reichspräsident, die Rassenideologie, Lebensraum, germanische Herrenrasse, de facto, legaler Weg, Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund, Machtergreifung, Kapitulation, „Führer der Nation“, Jugendverfolgung, Wehrdienst.

Literatur:

1. Fragen an die Deutsche Geschichte (Wege zur parlamentarischen Demokratie). Bonn, Varus Verlag 2000. S 253-303.
2. Tatsachen über Deutschland. 2001.

1.Einführung

Der 30.Januar 1933 ist in gewisser Weise der Schlüsselpunkt einer Reihe von Versuchen, die wirtschaftliche, soziale, politische Krise in die die Weimarer Republik ab 1929 geraten war, auf autoritärem Wege zu überwinden.

Die letzten Wahlen, die man mit Einschränkung noch als freie Wahlen bezeichnen kann, bringen der NSDAP am 5. März 1933 zwar immer noch nicht die Mehrheit der Wählerstimmen. Die NS besitzen aber zusammen mit den Deutschnationalen die Mehrheit im Parlament. Mit dem "**Ermächtigungsgesetz**" befreit sich Hitler von allen Bindungen an die Verfassung und von der parlamentarischen Kontrolle. Nachdem die KPD ausgeschaltet ist, widersetzt sich allein die SPD im Reichstag dem Gesetz. Zentrum und bürgerliche Parteien stimmen zu. Es folgt das Verbot oder die Selbstauflösung der Parteien.

Die NSDAP wird die Staatspartei **des Dritten Reiches**. Sie und ihre Organisationen überwachen und bestimmen von nun an das gesamte politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben im Staat. Die Polizei, SA (Sturmabteilung) und SS (Schutzstaffel) sind die Instrumente, mit denen die Partei das totalitäre System ausbaut und ihre Herrschaft sichert. Erste Konzentrationslager für politische Gefangene entstehen schon im Februar 1933.

Die seit Bismarcks Reichsgründung bestehende bundesstaatliche Struktur des deutschen Reiches wird in eine einheitsstaatliche umgewandelt. Nach dem Tode

Hindenburgs vereinigt Hitler die Funktionen des **Reichspräsidenten und des Reichskanzlers** in seiner Hand. Als "**Führer des Deutschen Reiches und Volks**" läßt er Beamte und Soldaten auf seine Person vereidigen.

Der Nationalismus will die Gegensätze von "national" und "sozialistisch" in der "Volksgemeinschaft" aufheben. In Wirklichkeit läßt er sich vom deutschen Nationalgedanken und proklamiert eine Rassenideologie.

Alle bisherigen Jugendverbände werden aufgelöst und durch den Staatsverband der "**Hitlerjugend**" ersetzt. Die zunächst getarnte Aufrüstung und der Ausbau der Wehrmacht mit zweijähriger Dienstzeit lassen die Arbeitslosigkeit weiter sinken.

Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik dient seit 1933 vor allem Hitlers vor der Öffentlichkeit geheimgehaltenem Plan: dem Eroberungskrieg im Osten, der "für die Zukunft eine endgültige Lösung in einer Erweiterung des Lebensraumes bzw. der Rohstoff und Ernährungsbasis unseres Volkes" bringen soll. Der Wehrmacht und der Wirtschaft stellt Hitler 1936 folgende Aufgaben:

1) Die deutsche Armee muß in 4 Jahren einsatzfähig sein.

2) Die deutsche Wirtschaft muß in 4 Jahren kriegsfähig sein.

Für Hitler ist die Rassenideologie die zentrale Idee seiner Weltanschauung. Die Aussrottung der "jüdisch-bolschewistischen Führungsschicht" und der Juden in Osteuropa wird schlechlich, wie die Gewinnung von "**Lebensraum**" für die "**germanische Herrenrasse**", erklärtes Ziel des Krieges.

2. Die Anfänge der national-sozialistischen Bewegung.

Zu Beginn der zwanziger Jahre ist die "**Nationalsozialistische Arbeiterpartei Deutschlands**" eine unter vielen nationalistischen und völkischen Splittergruppen, die die neue, demokratische Republik auf das entschiedenste bekämpfen. Unter Führung Adolf Hitlers, der bereits seit 1921 eine Schlüsselrolle in der Partei spielt, verfolgt sie zunächst ein reines Putschkonzept, das jedoch mit dem Marsch zur Münchener Feldherrnhalle im November 1923 kläglich scheitert. Der anschließende Prozeß und die Festungshaft kommen jedoch Hitlers politischem Prestige zugute und lassen ihn zur zentralen Figur der nationalen Rechten aufsteigen.

Nach seiner Haftentlassung erfolgt seit 1925 **de facto** ein völliger Neuaufbau der Partei. Die **USDAP** wird straff durchorganisiert und von den übrigen Gruppen des völkischen und nationalen Lagers abgegrenzt. Sie konzentriert sich jetzt auf einen "**legalen**" Weg an die Macht und auf die Massenmobilisierung nicht zuletzt auch über Wahlen. Vor allem aber wird sie von Hitler erfolgreich zu einem bedingungslos gehorsamen Instrument seines politischen Willens umgeformt.

Als sich seit dem Herbst 1929 die tiefgreifende wirtschaftliche und soziale Krise in Deutschland dramatisch zuspitzt, ist die NSDAP organisatorisch und ideologisch gerüstet, das große Auffangbecken für Enttäuschte, Verbitterte und Fanatisierte zu bilden und binnen kurzem zu einer Massenbewegung aufzusteigen. Mehr und mehr nährt - bei sich weiter verschärfender Krise - die Protestbewegung sich selbst. An Adolf Hitler und der NSDAP scheint kein politischer Weg mehr vorbeizuführen.

3. Die Partei und ihre Organisationen.

Nur dem Namen nach ist die NSDAP eine politische Partei. Weit eher ist sie der organisatorische Kern einer politischen Kampfbewegung, die unter der unumstrittenen Führung Adolf Hitlers einen breiten Massenanhang zu mobilisieren versucht. Eine wichtige Rolle in diesen Bemühungen spielen neben der SA, die als "**Parteiarmee**" diesen Kampf in hohem Maße trägt, zahlreiche Unterorganisationen die gezielt verschiedene

Bevölkerungsgruppen ansprechen sollen; die "**Hitlerjugend**" und der besonders erfolgreich wirkende "**Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund**", dazu die speziellen Bünde für einzelne Berufe wie Juristen, Ärzte, Lehrer und "Kulturschaffende" oder auch die "**Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation**".

Den eigentlichen Kern der NSDAP und ihrer Führung bilden seit zwanziger Jahren politisch radikalisierte Vertreter der "**Frontkämpfergeneration**", jenes Typus, den Hitler selbst am besten verkörpert. Unter den Mitgliedern sind mittelständische und kleinbürgerliche Gruppen zwar überrepräsentiert, sind jedoch insgesamt alle Bevölkerungsschichten vertreten, darunter ein hoher Anteil von Arbeitern. Der Aufstieg des Nationalsozialismus vollzieht sich nicht nur als Radikalisierung des bürgerlichen Mittelstandes, sondern in Form einer breiten schichtenübergreifenden Protestbewegung.

4. Die "Machtergreifung"

Als Adolf Hitler am 30. Januar 1933 von Reichspräsident Hindenburg zum Reichskanzler ernannt wird, tritt er an die Spitze einer Koalitionsregierung. In ihr übernehmen neben Hitler zunächst nur zwei weitere Nationalsozialisten Regierungsämter. Die Mehrheit stellen parteilose konservative Minister, Deutschnationale und Vertreter **des Stahlhelm**. Vizekanzler von Papen und der DNVP-Vorsitzende **Hugenberg** sind überzeugt, die Nationalsozialisten erfolgreich "**eingerahmt**" und für ihre Politik einer konservativen Wende eingespannt zu haben.

Doch vermitteln bereits die Vorgänge am 30. Januar 1933, die jubelnden Menschenmengen und die Fackelzüge der SA, ein ganz anderes Bild der politischen Kräfteverteilung. Die Nationalsozialisten sprechen von der "**Machtergreifung**": In beispielloser Radikalität gelingt es ihnen in den folgenden Wochen, die wichtigsten politischen Gegner auszuschalten und die scheinbar so kräftigen Gegengewichte, vor allem die Ministerialbürokratie und die Reichswehr, in den Dienst ihrer Politik zu stellen.

Schon in den ersten Februartagen beginnt die Unterdrückung der Opposition.

SA und SS steigern, nun formal durch die Staatsgewalt gedeckt, ihre terroristischen Übergriffe. Die Pressefreiheit wird eingeschränkt, die Tätigkeit der anderen Parteien behindert, der Beamtenapparat von mißliebigen Personen gesäubert.

Eine entscheidende Beschleunigung des Vorgehens ermöglicht der Reichstagsbrand vom 27. Februar 1933. Obwohl die Regierung Hitler in der Reichstagswahl vom 5. März 1933 eine ausreichende Mehrheit erhält, verlangt sie vom Reichstag diktatorische Vollmachten.

Mit dem "**Ermächtigungsgesetz**", das am 23. März 1933 von einer Zweidrittelmehrheit gebilligt wird, besiegelt das Parlament selbst das Ende der ersten deutschen Demokratie. "Das parlamentarische System", so kommentiert der "**Völkische Beobachter**", "**kapituliert vor dem neuen Deutschland**".

Der neue Reichskanzler Adolf Hitler - wie schon seine Amtsvorgänger - ein Präsidialkabinetts. Seine Ernennung ist ein weiterer Versuch von konservativer Seite, die schwere wirtschaftliche und politische Krise des Weimarer Staates auf autoritärem Wege zu lösen, diesmal jedoch unter Einbeziehung des nationalsozialistischen Massenanhanges. Den Nationalsozialisten eröffnet diese Konstellation außergewöhnliche Chancen. Sie können die große Macht, die sich seit 1930 in den Händen des Reichspräsidenten und der Präsidialkabinette konzentriert hat, mit der ungeheuren Dynamik und Kraft einer antidemokratischen Massenbewegung verbinden. Gerade aus dieser Verknüpfung und dem geschickten wechselweisen Einsatz beider Machtpotentiale erklärt sich die rasche Errichtung des NS-Diktatur.

5. Der Reichstagsbrand.

In der Nacht vom 27. zum 28. Februar 1933 brennt das Reichstagsgebäude. Vor allem der Plenarsaal und Teile der darüberliegenden Kuppel werden ein Raub der Flammen. Der

Brandanschlag auf das zentrale Bauwerk der parlamentarisch- demokratischen Republik ist die Tat eines Einzelnen, des jungen Niederländers **Marinus van der Lubbe**.

Die NS-Propaganda legt die Brandstiftung jedoch den Kommunisten zur Last und nutzt sie zu einem verschärften Vorgehen gegen die Gegner des Regimes.

Der Reichstagsbrand liefert den Vorwand, die bereits begonnene Unterdrückung aller oppositionellen Kräfte entscheidend zu intensivieren. Allein in Preußen werden bis Mitte März etwa 10.000 Personen inhaftiert.

Am 2. August 1934 stirbt Reichspräsident Hindenburg und die Ämter von Reichspräsident und Reichskanzler wurde vereinigt. Adolf Hitler, der "**Führer der Nation**", vereinigt nach dem Tod des Reichspräsidenten eine außerordentliche Machtfülle auf sich. Er ist **Staatsoberhaupt** und **Regierungschef, Oberbefehlshaber der Wehrmacht, "oberster Gerichtsherr"** und **Führer der Partei**. Schon vor 1933 ist Adolf Hitler die unbestrittene Zentralfigur der NS-Bewegung.

Doch nimmt die Herausstellung seiner Person durch die von Joseph Göbbels perfekt inszenierte Propaganda nach der "**Machtergreifung**" noch einmal ganz neue Dimensionen an. Mit jedem Erfolg vor allem bei der Bekämpfung der Wirtschaftskrise und in der Außenpolitik steigert sich der Mythos des Führers. Die Verehrung weiter Kreise der deutschen Bevölkerung für Hitler nimmt zunehmend pseudoreligiöse Züge an. Dieser Führerglaube wird zum entscheidenden Integrationsmittel des Dritten Reiches. Er trägt auch wesentlich dazu bei, daß viele Deutsche sich bereit zeigen, dem Führer in einen Krieg und eine verbrecherische Politik zu folgen, für die es kein Beispiel gibt.

6. Der SS-Staat.

Nach der Ausschaltung der SA am 30. Juni 1934 steigt die SS unter Führung **Heinrich Himmlers** und seines Stellvertreters **Heydrich** zur mächtigsten Organisation im NS-Staat auf. SS ist für das nationalsozialistische Terrorsystem zuständig. Und sie führt den rassenpolitischen Vernichtungsfeldzug durch und ist damit verantwortlich für den millionenfachen Mord.

Bereits wenige Tage nach der "**Machtergreifung**" beginnt die Verfolgung der politischen Opposition, beginnt aber auch die Formierung des Widerstandes gegen das NS-Regime. Getragen wird der Widerstand anfangs überwiegend von Kommunisten und Sozialdemokraten, die auch das primäre Ziel nationalsozialistischer Verfolgungsmassnahmen sind, und einzelnen Vertretern der Kirchen. Es gelingt den oppositionellen Kräften lediglich, einzelne konspirative Organisationen aufzubauen, nicht aber eine starke und geschlossene Widerstandsbewegung zu formen. Manche spektakuläre Aktion wie das Attentat auf Hitler im Münchener Bürgerbräukeller 1938 ist das Werk von Einzelgängern. Mit Beginn des Krieges werden die Bedingungen eher noch schwieriger. Der Rückhalt des Regimes in der Bevölkerung ist nach wie vor gross, die Überwachung aller politischen Aktivitäten wird noch strenger, die Verfolgungsmassnahmen verschärfen sich weiter. Unter den Bedingungen des Krieges muss zudem jede Aktion gegen die eigene Regierung als Hoch- und Landesverrat erscheinen - ein Dilemma, aus dem sich speziell viele Offiziere nur schwer lösen können. Dennoch wird der Widerstand nun zunehmend durch neue Kräfte von konservativer Seite und aus Militärkreisen gestärkt, die nach 1933 zunächst loyal mit dem NS-Regime zusammengearbeitet haben. Aus ihren Reihen stammt die Mehrzahl der Verschwörer, die am 20. Juli 1944 einen letzten Versuch unternehmen, den Diktator zu beseitigen, und den Krieg zu beenden. Sie bezahlen ihn - wie so viele, die gegen das Regime opponieren - mit dem Leben.

7. Der Kampf gegen Arbeitslosigkeit

Die Regierung Hitler führt zunächst die bereits begonnenen Arbeitsbeschaffungsprogramme fort und baut sie aus. Mit Notstandsarbeiten, einem "freiwilligen" Arbeitsdienst, einer Reduzierung der Fraüarbeit, schliesslich ab 1935 mit dem Wehrdienst und einem ihm vorgeschalteten Reichsarbeitsdienst werden die Arbeitslosenzahlen beständig gesenkt.

Zugleich wird die Beschäftigungspolitik eng auf die Rüstungsziele abgestimmt. Beispielsweise werden die Pläne für den Autobahnbau - auch auf persÖnliches Betreiben Hitlers - im militärischen Sinne umgearbeitet und ausgeweitet. Erst der unbedingte Wille zur Aufrüstung führt zu einer solchen Aufstockung der eingesetzten Finanzmittel, dass die Wirtschaftskrise schneller als in anderen Ländern überwunden wird.

Mehr und mehr konzentrieren sich alle politischen und wirtschaftlichen Anstrengungen auf die Rüstung und Kriegsvorbereitung. Wirtschaft und BevÖlkerung werden aufgefordert, über gewisse Schwierigkeiten und Härten mit Blick auf zukünftige Kriegsgewinne hinwegzusehen.

Die nationalsozialistische "**Gleichschaltung**" von Staat und Gesellschaft macht auch vor der Kultur nicht halt. Die Pressefreiheit wird abgeschafft, eine große Zahl von Künstlern ins Exil getrieben und ausgebürgert, ihr "**undeutsches Schrifttum**" am 10. Mai 1933 auf dem Berliner Opernplatz verbrannt.

Nach der "**Machtergreifung**" kommt der massive Zugriff des NS-Staates auf die Erziehung hinzu, die wachsende **Indoktrination** in den Schulen und die zunehmende Reglementierung **der Jugend in Jungvolk, Hitlerjugend, Bund Deutscher Mädels, Reichsarbeitsdienst und Wehrdienst**. Jugendlager und Marschkolonnen werden die Einrichtungen, durch die man im nationalsozialistischen Sinne beeinflusst wird. Im Ergebnis wird eine gläubige Jugend erzogen, die sich willig in den Krieg führen lässt. Die Nationalsozialisten sehen die Rolle der Frau extrem traditionell; ihr Lebensbereich soll sich auf Haushalt, Familie und Kinder beschränken. Aus dem Berufsleben sollen die Frauen weitgehend ausscheiden. Die tatsächliche Entwicklung nach 1933 entspricht diesen ideologischen Vorgaben jedoch nur teilweise: zwar werden Frauen zum Abbau der Arbeitslosigkeit vielfach aus qualifizierten Berufen verdrängt. Insgesamt geht die weibliche Erwerbstätigkeit jedoch nicht zurück. Und im Krieg muss das Regime ohnehin den Arbeitseinsatz von Frauen verstärken. Auch der Alltag in den NS-Organisationen für Frauen und Mädchen, ihre Mobilisierung und Politisierung, widerspricht dem häuslichen Frauenideal des Nationalsozialismus.

8. Judenverfolgung und Judenvernichtung.

Rassenideologie und Judenfeindschaft stehen seit den frühen zwanziger Jahren mit im Zentrum der nationalsozialistischen Weltanschauung. Hitler ist ein überzeugter Rassist und Antisemit.

Die NSDAP nimmt hier vielfältige Vorurteile auf, die seit langem in weiten Kreisen der deutschen Bevölkerung gegen Juden bestehen. Übergriffen gegen jüdische Bürger und ihr Eigentum leitet im April 1933 die Entlassung jüdischer Beamten und Richter die schrittweise Ausgrenzung der deutschen Juden aus immer mehr Berufen und nahezu allen Bereichen des öffentlichen Lebens ein.

In den "**Nürnberger Gesetzen**" vom September 1935 werden Juden zu Bürgern minderen Rechts erklärt und Ehen zwischen Juden und Nichtjuden verboten. Mit dem organisierten Pogrom vom November 1938 wird die endgültige Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben betrieben, der bald die ersten Massendeportationen in Ghettos und Lager folgen.

Im Zuge der Eroberung weiterer Teile Osteuropas steigert sich die nationalsozialistische Rassenpolitik bis zum systematischen Völkermord.

Mit dem, "**Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre**" werden Eheschliessungen und "**ausserehlicher Verkehr**" zwischen Juden und Nichtjuden verboten.

Knapp die Hälfte der deutschen Juden wird durch die nationalsozialistischen Machthaber bis 1939 in die Emigration getrieben. Mit kaum vorstellbarer technischer Perfektion wird der millionenhafte Mord vor allem in **Auschwitz, Majdanek, Treblinka** und anderen Vernichtungslagern in Polen vollzogen. Aus allen besetzten europäischen Ländern werden die Juden meist in Viehwaggons der Eisenbahn herantransportiert. Die Mehrzahl der Juden vor allem Frauen und Kinder wird sogleich für den Tod in der Gaskammer "selektiert", während die übrigen Zwangsarbeit verrichten müssen und einem langsamen, qualvollen Tod entgegengehen.

Insgesamt fallen dem nationalsozialistischen Rassenwahn etwa 5 bis 6 Millionen Juden zum Opfer.

Schon in "**Mein Kampf**" hat Hitler unmissverständlich dargelegt, daß er sich außenpolitisch nicht mit der Rückgewinnung der Grenzen von 1914 und der Wiederherstellung der deutschen Großmachtposition begnügen will.

In enger Verknüpfung von Außen- und Rassenpolitik sieht er das Hauptziel vielmehr in der Eroberung von "**Lebensraum**" für die "**germanische Herrenrasse**" im Osten Europas. In einer geheimen Ansprache vor hohen Offizieren der Reichswehr bekräftigt Hitler am 3. Februar 1933 diese Zielsetzungen. Für die deutsche und ausländische Öffentlichkeit betreibt er freilich in seiner "**Friedensrede**" am 17. Mai 1933 vor dem Reichstag die außenpolitische Kontinuität und das Streben nach einem friedlichen Ausgleich.

9. Der Weg in den Krieg und in die Niederlage.

Hitler führt das nationalsozialistische Deutschland zielstrebig und geradlinig in den Krieg. Seine außen- und rassenpolitischen Ziele sind nur mit kriegerischen Mitteln zu erreichen.

Als Bündniskonstellation schwebt Hitler für den grossen Eroberungskrieg im Osten ein Arrangement mit England vor, eine Aufteilung der Interessensphären zwischen den alten kolonialen Weltmacht Grossbritannien und der neuen kontinentalen Weltmacht Deutschland.

Lange Zeit sehen Grossbritannien und Frankreich den Angriffen Hitler Deutschlands und seiner Bündnispartner auf die Ordnung von Versailles beinahe tatenlos zu. Noch im September 1938 versuchen sie, durch ein Nachgeben in der Sudetenfrage den Frieden zu sichern. Erst der deutsche Vorgehen gegen die Rest-Tschechei wenige Monate später veranlasst die Westmächte zu einem Umdenken und zur Abgabe einer Garantieerklärung für Polen und andere ost- und südosteuropäische Länder. Der nächste aggressive Schritt Deutschlands muss nun in den grossen Krieg führen. Er beginnt am 1. September 1939 mit dem deutschen Angriff auf Polen. In März 1939 marschieren deutsche Truppen unter Bruch des Münchener Abkommens in das Restgebiet der Tschechei ein.

Seit Ende 1938 wendet sich die deutsche Politik verstärkt dem östlichen Nachbarland Polen zu. Das NS-Regime bietet Polen für ein Entgegenkommen in den bilateralen Fragen ein Bündnis gegen die Sowjetunion und territoriale Gewinne im Osten an. Als die polnische Regierung ablehnt, faßt Hitler den Entschluss zu einer militärischen Lösung. Zugleich sucht er vorübergehend die Verständigung mit der Sowjetunion, die schließlich zum **deutsch - sowjetischen Nichtangriffspakt** vom 23. August 1939 führt. In einem geheimen Zusatzprotokoll vereinbaren, Diktatoren **Hitler** und **Stalin** die Aufteilung Polens und eine Abgrenzung der Interessensphären. Weniger Tage später überschreiten deutsche Truppeneinheiten die polnische Grenze.

Der zweite Weltkrieg beginnt für die deutschen Truppen mit schnellen Siegen sowohl gegen Polen im Herbst 1939 als auch gegen die nord- und westeuropäischen Staaten im Frühjahr 1940.

Am 22. Juni 1941 beginnt überraschend der deutsche Angriff auf die Sowjetunion. Das **"Unternehmen Barbarossa"** ist von Hitler und den Militärs als ein weiterer **"Blitzkrieg"** geplant. Doch anders als im Westen soll der Gegner nicht nur militärisch besiegt, sondern im wahrsten Sinne des Wortes physisch vernichtet werden. Seine kommunistische Führungsschicht soll ermordet, seine Bevölkerung dezimiert, seine Lebensgrundlagen sollen zerstört werden. Zwar gelingt es der Wehrmacht zunächst, wiederum weit in das gegnerische Territorium vorzustoßen, doch im Dezember bleibt der deutsche Vormarsch vor Moskau stecken. Auch neue Erfolge im Sommer 1942 ändern nichts daran, dass angesichts der starken deutschen Verluste und des ungebrochenen Widerstandswillens der sowjetischen Seite an einen entgeltigen deutschen Sieg nicht zu denken ist.

Im Sommer erreicht der deutsche Herrschaftsbereich seine größte Ausdehnung. Großbritannien, die Sowjetunion und die USA haben sich zu einer festen **"Anti-Hitler-Koalition"** zusammengefunden.

Sie sind sich darin einig, dass zunächst Deutschland niedergedrückt und zur **"bedingungslosen Kapitulation"** gezwungen werden soll. Mit dem englischen Durchbruch in Nordafrika, der Landung englischer und amerikanischer Truppen in Marokko und vor allem der erfolgreichen sowjetischen **Gegenoffensive bei Stalingrad** zeichnet sich im November 1942 die militärische Wende ab.

Die Landung der westlichen Alliierten in der Normandie und eine sowjetische Großoffensive leiten im Juni 1944 die letzte Kriegsphase ein. Während britische und amerikanische Einheiten im September und sowjetische Truppen im Oktober 1944 die deutschen Grenzen erreichen, fallen die letzten Städte unter den Bomben der alliierten Geschwader in Schutt und Asche. Doch für Hitler und seine Regime gibt es nach wie vor nur eine Alternative: Sieg oder Untergang. Erst mit der vollständigen Besetzung Deutschlands durch die Truppen der Alliierten kann im Mai 1945 der Krieg in Europa beendet werden. Seine Bilanz stellt alles bislang Dagewesene in den Schatten. Insgesamt fordert der Zweite Weltkrieg etwa 55 Millionen Menschenleben. Auf deutscher Seite fallen ihm rund 6,5 Millionen Menschen zum Opfer.

Fragen und Aufgaben.

1. Wer kam zur Macht nach der Wahl am 5. März 1933?
2. Wie wurde die Staatspartei genannt?
3. Wer war der Führer des deutschen Volkes?
4. Sprechen Sie über die Hitlerjugend.
5. Welchen Plan hatte Hitler für die wirtschaftliche Entwicklung?
6. Wann begann die nationalsozialistische Bewegung in Deutschland?
7. Wann hat Adolf Hitler die Macht ergriffen?
8. Wann brannte das Reichstagsgebäude?
9. Sprechen Sie über SS und SA.

Das Thema 7. 1945-1955: Die Teilung

Plan:

1. Das Deutschland der Sieger
2. Zwischen Befreiung und Besatzung
3. Die Politik der Besatzungsmächte
4. Die Entnazifizierung
5. Kontinuität und Neubeginn
6. Literatur

Stichwörter.

Anti-Hitler Koalition, Befreiung und Besetzung, die Besatzungsmächte, die Entnazifizierung, Kontinuität und Neubeginn, Diktatur, Erziehung zur Demokratie, das Vetorecht, die Besatzungsmächte, die Schlüsselrolle, LDP, FDP.

Literatur:

1. Fragen an die Deutsche Geschichte (Wege zur parlamentarischen Demokratie).

Bonn, Varus Verlag 2000. S 313-326.

2. Tatsachen über Deutschland. 2001.

1. Das Deutschland der Sieger

Mit der vollständigen Besetzung des Deutschen Reiches durch alliierte Truppen, mit der Übernahme der uneingeschränkten Regierungsgewalt durch die USA, Großbritannien, Frankreich und die UdSSR ist nicht nur die militärische Niederlage besiegt; Deutschland ist zum bloßen Objekt der Politik der Siegermächte geworden.

Schon während des Krieges hat sich die **Anti-Hitler-Koalition** auf Grundzüge einer europäischen Nachkriegsordnung und eine Reihe von Regelungen für die Behandlung Deutschlands verständigt. Große Teile des Reiches östlich von **Oder und Neiße** sollen abgetrennt werden und in polnische bzw. sowjetische Verwaltung übergehen, das Restgebiet in vier Besatzungszonen aufgeteilt werden und Berlin ein eigenes, von den vier Mächten gemeinsam regiertes Territorium bilden. Die Regierungsgewalt für ganz Deutschland soll in den Händen eines aus den vier Oberbefehlshabern zusammengesetzten Alliierten Kontrollrates liegen.

2. Zwischen Befreiung und Besetzung

Der Einmarsch der alliierten Truppen wird von der deutschen Bevölkerung je nach Siegermacht und eigener politischer Grundhaltung sehr verschieden erlebt und empfunden. Die Stunde der Niederlage ist zugleich die Stunde der Befreiung, der Beseitigung einer unmenschlichen Gewaltherrschaft. Das Wortpaar **Befreiung und Besetzung** umschreibt aber auch das Dilemma, vor das sich die alliierte und die deutsche Politik in den folgenden Jahren gestellt sehen: Die Sieger wollen ihren Willen durchsetzen und doch auf diesem Wege eine demokratische Ordnung begründen, die Deutschen sind bestrebt, ihre Interessen zu vertreten und doch mit den Besatzungsmächten loyal zusammenzuarbeiten.

3. Die Politik der Besatzungsmächte.

In der Deutschlandpolitik der Siegermächte überlagern sich in jeweils unterschiedlicher Mischung und Gewichtung vielfältige Interessen: das Sicherheitsbedürfnis und die Reparationsforderungen, das Bestreben, Deutschland ganz oder in Teilen dem eigenen Einflusbereich einzuverbleiben, und die Bereitschaft zur demokratischen Neuordnung, für die jede Siegermacht allerdings in Orientierung an ihrem eigenen politischen System ein ganz eigenes Konzept entwickelt. Zusammen mit den weltpolitischen Gegensätzen, die nur in einer kurzen Übergangsphase etwa bis zur Jahreswende 1946/47 Kompromisse zulassen. Auch das Besatzungssystem, die Aufteilung in vier Zonen das **Vetorecht** jeder Siegermacht und das ungeklärte Verhältnis zwischen Kontrollrat und den Zonenbefehlshabern, trägt wenig zu einer einheitlichen Besatzungspolitik bei.

4. Die Entnazifizierung.

Die Ahndung der unter der nationalsozialistischen Herrschaft begangenen Verbrechen und die Entfernung aller aktiven Nationalsozialisten aus ihren Stellungen gehören zu den wichtigsten Zielen der Siegermächte. Doch nur der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher in Nürnberg wird von den Alliierten gemeinsam durchgeführt. Bei der eigentlichen Entnazifizierung aber werden in allen Zonen verschiedene Wege beschritten: Die Sowjetunion betrachtet sie primär als einen Teilaspekt der gesellschaftlichen Umwälzung im kommunistischen Sinne. Dagegen wird die Entnazifizierung im Westen, vor allem in der amerikanischen Zone, als eine Frage der individuellen Schuld und der **"Erziehung zur Demokratie" (Reeducation)** gesehen. Im Zuge des Wiederaufbaus und im Zeichen des Kalten Krieges rückt man hier von dem anfangs rigorosen Vorgehen allerdings zunehmend ab. 1948 wird die Entnazifizierung **de facto** eingestellt, ohne daß sie den hohen in sie gesetzten Erwartungen gerecht geworden ist.

5. Kontinuität und Neubeginn.

Eine Stunde Null, einen völligen Neuanfang hat es 1945 nicht gegeben. Zwar herrscht nach den Erfahrungen mit der nationalsozialistischen Diktatur und angesichts der Zerstörungen nicht nur materieller Art zunächst fast allgemein die Überzeugung vor, daß nur ein grundlegender Neubeginn Deutschland wieder eine bessere Zukunft sichern könne. Neü AnstÖBe gehen zudem von den Besatzungsmächten aus. Dennoch knüpft der Aufbau einer neü wirtschaftlichen, sozialen und politischen Ordnung strukturell, personell und von den politischen Konzeptionen her in vielfacher Weise an Weimarer oder auch ältere Traditionen an.

Eine Schlüsselrolle in diesem Prozeß nehmen schon bald die politischen Parteien ein, bei deren Gründung sich, auch wenn die Zersplitterung der Weimarer Zeit überwunden werden kann, die großen Hauptströmungen des historisch gewachsenen Parteiensystems erneut durchsetzen. Neben der KPD, die unter Führung der Gruppe Ulbricht von Anfang an weitgehend der von Moskau vorgegebenen Linie folgt, gelingt es als ersten den Soziodemokraten, an deren Spitze in den westlichen Besatzungszonen der Hannoveraner Kreis um **Kurt Schumacher** steht, sich wieder zu organisieren und ein allgemein akzeptiertes Programm zu entwickeln. Dagegen gelangen **CDU** und **CSU** als völlig neü Parteien, in denen sich Kräfte aus dem katholischen, liberalen und konservativen Lager vereinigt haben, erst später zu einer einheitlichen Programmatik und Politik. In der LDP/FDP finden schließlich die beiden seit 1866/67 in verschiedenen Parteien organisierten Flügel des Liberalismus zusammen.

Fragen und Aufgaben.

1. Wodurch wurde das Deutsche Reich vollständig besetzt?
2. Was bedeutet die Anti-Hitler Koalition?
3. Sprechen Sie über die Befreiung und über die Besatzung?
4. Wie war die Politik der Besatzungsmächte?
5. Was bedeutet die Entnazifizierung?
6. Wann begann ein neü Neuanfang?
7. Was ist die „Erziehung zur Demokratie“?
8. Wer war Kurt Schumacher?

Thema N8. (2 Stunde)

Der Weg in die Gegenwart. Das Parlamentarische Berlin.

Plan:

1. Einleitung.
2. 1847-1870; Die Parlamente in Opposition

3. 1871-1918: Konsolidierung des Parlamentarismus
4. 1919-1945: Blüte und Untergang des Parlamentarismus.
5. Seit 1945: Die zweite Demokratie.
6. Literatur.

Stichwörter

Die Hohenzollermonarchie, Exekutive, die Wahlrecht, preussischer Kammer, die Herresreform, die Reichsexekutive, der Kompromiss, die Konsolidierung, Blüte und Untergang des Parlamentarismus, die Weimarer Republik, Weltwirtschaftskrise, die zweite Demokratie, das Haus des Deutschen Nationalparlaments.

Literatur:

1. Fragen an die Deutsche Geschichte (Wege zur parlamentarischen Demokratie). Bonn, Varus Verlag 2000. S 454-476.
2. Tatsachen über Deutschland. 2001.

1. Einleitung.

Die Parlamente und das parlamentarische System haben sich ihren Platz im politischen und gesellschaftlichen Leben Berlins neben der Hohenzollermonarchie und den sie fragenden Kräften, vor allem der Bürokratie und dem Militär, erst allmählich erobert.

Der Vereinigte Landtag, eine Versammlung von Delegierten der Provinziallandtage, mit dem im Frühjahr 1847 die parlamentarische Geschichte Berlins beginnt, wird wegen seiner oppositionellen Haltung bereits nach zwei Monaten wieder aufgelöst. Erst im Zuge der Reichsgründung klingen die Auseinandersetzungen zwischen Parlamentsmehrheit und monarchischer Exekutive, die ihren Höhepunkt zwischen 1862 und 1866 im Verfassungskonflikt gefunden haben, ab. Der neu nach dem allgemeinen gleichen Wahlrecht gewählte Reichstag wird zwar weiterhin von der eigentlichen Regierungsmacht ferngehalten.

Während die ersten Parlamente in für andere Zwecke gebauten Sälen im Schloß, in der Singakademie unterkommen, erhalten die beiden preussischen Kammern um 1850 eigene Baulichkeiten.

2. 1847-1870; Die Parlamente in Opposition.

Die parlamentarische Geschichte Preußens und damit auch Berlins beginnt am 11. April 1847 mit der feierlichen Eröffnung des Vereinigten Landtags im Berliner Schloß. Mit dessen Einberufung ist **König Friedrich Wilhelm IV.** Den zunehmenden Forderungen nach einer gesamtpreussischen Vertretungskörperschaft entgegengekommen, doch sollen ihre Befugnisse nicht über das Recht zur Steuerebewilligung hinausreichen. Als im Herbst 1848 die revolutionären Kräfte die Oberhand gewinnen, wird die preussische Nationalversammlung gewaltsam aufgelöst. Friedrich Wilhelm IV. gibt dem Land per königlichem Erlaß eine Verfassung. Als gewählte Volksvertretung als "**Zweite Kammer**" sieht die vom König noch mehrfach einseitig revidierte Verfassung ein Abgeordnetenhaus mit nur begrenzten Rechten bei der Steuerebewilligung und in der Gesetzgebung vor. Die "**Erste Kammer**", das Herrenhaus ist nach der preussischen Verfassung vor allem als Gegengewicht gegen das Abgeordnetenhaus konzipiert.

Das Abgeordnetenhaus wird nach einem zwar allgemeinen aber ungleichen indirekten und nicht geheimen Wahlrecht gewählt.

Die Parlamentarier rekrutieren sich in hohem Maße aus dem Bildungsbürgertum.

Die Spannungen zwischen Krone und Parlament klingen nach der gescheiterten Revolution von 1848/49 nur vorübergehend ab.

Gegen Ende der 1850er Jahre beginnt sich die liberale Opposition neu zu formieren und auszubaun. Über die Frage der Heeresreform kommt es zu einem schwerwiegenden Verfassungskonflikt mit der monarchischen Exekutive, der erst 1866/67 im Zeichen der nationalen Einigung durch einen Kompromiß zwischen den nationalliberalen Kräften und Bismarck beigelegt wird.

3. 1871-1918: Konsolidierung des Parlamentarismus.

Der Reichstag tagt nicht permanent, sondern wird nur ein bis zweimal im Jahr vom Kaiser zu jeweils mehrwöchigen Spitzungsperioden einberufen.

In den Jahren des Kaiserreichs nimmt die Abhängigkeit der Reichsexekutive vom Reichstag und seiner Mehrheit langsam aber stetig zu. Der fortbestehende Dualismus zwischen Parlament und Regierung gehört zu den schweren Belastungen einer parlamentarisch-demokratischen Entwicklung in Deutschland.

Nach ersten Sitzungen im Gebäude des preußischen Abgeordnetenhauses tritt der Reichstag mehr als zwanzig Jahre in einer provisorischen Tagungsstätte zusammen, weil der Reichstag kein endgültiges Domizil hat.

Erst 1884 beginnen nach langen Verhandlungen um das Grundstück und zwei großen Architekten Wettbewerben die Arbeiten am neuen Reichstagsgebäude.

Gebaut wird nach einem Entwurf des Frankfurter Architekten **Paul Wallot**. Nach zehnjähriger Bauzeit kann am 5. Dezember 1894 der Schlussstein gelegt werden. Auch die beiden preußischen Kammern können in den 1890er Jahren in neue Tagungsstätten umziehen.

Das politische und gesellschaftliche Leben Berlins wird im Kaiserreich in hohem Maße durch die Monarchie vor allem auch durch das Militär geprägt. Die Gewichtsverteilung findet nicht im Parlament, sondern im weißen Saal des Schlosses statt. Mit der fortschreitenden Entwicklung Berlins zur Industriemetropole, mit dem weiteren Anwachsen der Arbeiterschaft und aufgrund der scharfen sozialen Gegensätze verändert sich jedoch das politische Bild: Zunächst gehen die Norden und Nordosten, dann seit Mitte der 1890er Jahre alle Wahldemokratie über.

4. 1919-1945: Blüte und Untergang des Parlamentarismus.

Mit dem Zusammenbruch monarchischen Obrigkeitsstaates in der Revolution von 1918 stehen sich als Alternativen für die Neugestaltung der politischen Ordnung das Räte-System und die parlamentarische Demokratie gegenüber.

Die schweren politischen und sozialen Konflikte, die auf der Weimarer Republik lasten, brechen nach 1929 im Zeichen der Weltwirtschaftskrise in verschärftem Maße auf.

Mit der Berufung von Präsidialkabinetten werden seit 1930 die Einwirkungsmöglichkeiten des Reichstags auf Zusammensetzung und Politik der Reichsregierung mehr und mehr eingeschränkt.

Am 20. Juli 1932 wird mit der Absetzung der preußischen Landesregierung durch Reichskanzler von Papen eine der letzten republikanischen Bastionen beseitigt. In der Nacht vom 27. zum 28. Februar 1933 brennt der Reichstag.

Der Reichstag besiegelt am 23. März 1933 mit seiner Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz selbst seine völlige Ausschaltung aus dem Gesetzgebungsprozeß. Auch im nationalsozialistischen Einparteiensstaat findet zwar noch sog. Wahlen zum Reichstag statt, doch dessen uniformierte Abgeordnete sind nur mehr eine Staffage und Statisterie für den unumschränkt herrschenden Diktator Hitler.

5. Seit 1945: Die zweite Demokratie.

In den Prozeß der Demokratiegründung nach 1945 sind die Westsektoren Berlins von Anfang an einbezogen. Nach dem Grundgesetz ist Berlins durch eigene Abgeordnete im Deutschen Bundestag vertreten.

Zwischen 1955 und 1965 tritt der Bundestag auch noch mehrfach zu Plenarsitzungen in Berlin zusammen. Diese Sitzungen können bis zur Berlin - Krise von 1958 ohne Proteste der DDR und der Sowjetunion abgehalten werden.

Nach langen Diskussionen und Überlegungen beginnt 1961 der Wiederaufbau des Reichstages. Er soll als Parlamentsgebäude genutzt werden. Als Sitz des Deutschen Bundestages in Berlin ist das wiederhergestellte Reichstagsgebäude zugleich ein Symbol der parlamentarisch demokratischen Tradition in Deutschland und der nationalen Einheit. Die Revolution in der DDR im Herbst 1989 und die Wiederherstellung der nationalen Einheit im Oktober 1990 eröffnen auch für das parlamentarische Leben in Berlin neue Perspektiven. Das Reichstagsgebäude steht im Mittelpunkt der Feiern zum Tag der deutschen Einheit. Mit den Entscheidungen des Deutschen Bundestags wird das Reichstagsgebäude nach den Jahrzehnten seine Aufgabe als Haus des deutschen Nationalparlaments zurückgewinnen.

Fragen und Aufgaben

1. Sprechen Sie über die Parlamente und parlamentarische System in den Jahren 1847 – 1870.
2. Wer stand damals in der Opposition?
3. Wann begann die Konsolidierung des Parlamentarismus in Deutschland?
4. In welchen Jahren fallen die Blüte und Untergang des Parlamentarismus?
5. Wann besiegelte der Reichstag?
6. Wann entstand die zweite Demokratie in Deutschland?
7. Von wem wurde das Reichstagsgebäude gebaut?
8. Wann brannte der Reichstag?

Thema N9. Das geteilte Deutschland nach 1945.

Plan:

1. Einführung
2. Der Marshallplan und Währungsreform.
3. Das Scheitern der Viermächtenpolitik.
4. Von Frankfurt nach Bonn.
5. Vom Volkskongress zur DDR.
6. Literatur.

Literatur:

1. Fragen an die Deutsche Geschichte (Wege zur parlamentarischen Demokratie). Bonn, Varus Verlag 2000. S 338-345.
2. Tatsachen über Deutschland. 2001.

Stichwörter.

Der Marshallplan, die Währungsreform, die Westzone, der Außenminister Marshall, die Reichsmark, Deutsche Mark, Ludwig Erhard, marktwirtschaftliche Politik, das Scheitern der Viermächtenpolitik, Alibi charakter, das oberste Gremium, Ost-West-Konfrontation, Parlamentarische Rat, der Volkskongress, de facto.

1.Einführung.

Die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht, mit der am 8. Mai 1945 in Europa der Zweite Weltkrieg endet, besiegelt für das deutsche Volk einen ungleich tieferen politischen Sturz, als es ihm je zuvor in seiner Geschichte erlebt hat. Anders als nach dem ersten Weltkrieg ist Deutschland vollständig von den Truppen der vier Siegermächte besetzt und jeder eigenen staatlichen Gewalt beraubt.

Unter der Herrschaft der Besatzungsmächte fallen dann jene Entscheidungen, die die Entwicklung Deutschlands nach 1945 in vielfacher Hinsicht bestimmen. Deutschland wird seit der Jahreswende 1946/47 im Zeichen des Kalten Krieges zum Kampffeld des ideologischen und machtpolitischen Konflikts zwischen Ost und West, zwischen den **Hauptkontrahenten Sowjetunion und USA**. Dieser Gegensatz führt eine Vielzahl von Stationen zur Spaltung Deutschlands in zwei Staaten und bestimmt letztlich auch darüber, welche politischen Kräfte und welches politisch-soziale System diesseits und jenseits der innerdeutschen Grenze zum Zuge kommen.

Die Westmächte fördern in ihren Zonen die Begründung einer am liberalen Rechtsstaatsideal orientierten und bundesstaatlich organisierten parlamentarischen Demokratie. Dieser Prozess findet seinen Höhepunkt am 23. Mai 1949 mit der Verkündung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. Parallel hierzu setzen sich mit der Währungsreform im Juni 1948 und im Zeichen des Marshall - Plans nach heftigen Auseinandersetzungen zwischen den deutschen Parteien die Befürworter einer von staatlichen Eingriffen weitgehend freien und auf dem Privateigentum beruhenden Marktwirtschaft durch.

Dagegen wird im sowjetischen Einflusbereich nach der Anfangsphase einer antifaschistisch-demokratischen Zusammenarbeit aller Parteien eine zunehmend allein von den Kommunisten beherrschte politische Ordnung aufgebaut und das Wirtschaftssystem durch Kollektivierung von Grund und Boden und durch Vergesellschaftung von Banken und Schlüsselindustrien in Richtung auf eine sozialistische Planwirtschaft umgestaltet. Dieser Weg führt am 7. Oktober 1949 zur Gründung auch eines ostdeutschen Staates, der Deutschen Demokratischen Republik.

1. Wege zur Teilung.

Mit den Frankfurter Dokumenten vom 1. Juli 1948 fordern die Westmächte die Ministerpräsidenten ihrer Zonen auf, eine Verfassung für einen westdeutschen Staat auszuarbeiten zu lassen. Am 1. September 1948 nimmt in Bonn der **"Parlamentarische Rat"** seine Arbeit auf. Nach langwierigen Verhandlungen, nach der Genehmigung durch die Militärgouverneure und der Billigung durch die Landtage wird die neue Verfassung am 23. Mai 1949 feierlich verkündet. Die Bundesrepublik Deutschland ist gegründet.

Ende 1947 initiiert die SED einen **"Volkskongress für Einheit und gerechten Frieden"**. Dem Namen nach soll er eine gesamtdeutsche Verfassung auszuarbeiten.

Der 3. Volkskongress wird im Mai 1949 bereits erstmals nach Einheitslisten gewählt, auf die allerdings trotz massiver Wahlfälschungen nur rund zwei Drittel der abgegebenen Stimmen entfallen. Mit der wiederum einstimmig beschlossenen Inkraftsetzung der Verfassung durch den 3. Deutschen Volksrat am 7. Oktober 1949 wird die Deutsche Demokratische Republik offiziell gegründet.

2. Marshallplan und Währungsreform.

Die Westmächte USA und Großbritannien entschlossen sich in ihren Zonen die Wirtschaftengesundung einzuräumen. In den Ostzonen unter Leitung UdSSR herrschte zunehmend wirtschaftliche Krise.

Als erster Schritt werden die Zonen von USA und Großbritannien am 1. Januar 1947 zur sogenannten Bizone zusammengelegt. Als zweiter Schritt folgt im Juni 1947 die Verkündung eines wirtschaftlichen Hilfsprogramms für Europa durch den amerikanischen

Außenminister Marshall. An diesem Programm nahmen alle drei Westzonen teil, aber die Ostzonen haben sich nicht beteiligt.

Der dritte Schritt wurde am 20. Juni 1948 durch Währungsreform durchgeführt. Die wertlos gewordene Reichsmark wurde durch die neue **Deutsche Mark** abgelöst. Nach diesen drei Schritten begleitete sich die Westzone nicht nur wirtschaftlichen Aufschwung, sondern brachte eine Vorentscheidung, die von **Ludwig Erhardt** propagierten marktwirtschaftlichen Politik.

3. Das Scheitern der Viermächtepolitik.

Der Ausbau der Bizone und vor allem dann der gegen die Sowjetunion gerichtete Marshall - Plan beschleunigen die Teilung Deutschlands. Die Gespräche zwischen den vier Mächten erhalten zunehmend reinen Alibi Charakter. Am 20. März 1948 verlassen die sowjetischen Vertreter in Reaktion auf die immer konkreter werdenden Pläne für einen westdeutschen Staat den Alliierten Kontrollrat, das oberste Gremium der Besatzungsmächte für ganz Deutschland. Die Ost-West-Konfrontation begünstigte Berlin in vier Sektoren einzuteilen. Die Sowjets nehmen die Währungsreform am 24. Juni 1948 zum Anlass einer Blockade aller Land Wasserverbindungen nach West-Berlin. Die Westmächte antworten mit der Luftbrücke. Elf Monate lang, bis zum 12. Mai 1949 wird die zwei Millionen Stadt vollständig auf diesem Wege versorgt. Während dieser Zeit vollzieht sich unter dem Druck kommunistischer Übergriffe auch die Spaltung des politischen Lebens der Stadt. In Berlin und Deutschland sind damit die Machtbereiche abgesteckt.

4. Von Frankfurt nach Bonn.

Die drei Westmächte haben in Frankfurt am 1. Juli 1948 die Frankfurter Dokumente unterschrieben. Laut dieser Dokumente beschlossen sie für einen westdeutschen Staat eine Verfassung auszuarbeiten zu lassen. Am 1. September 1948 nimmt in Bonn der parlamentarische Rat seine Arbeit auf. Seine 65 Abgeordneten - je 27 von SPD und CDU/CSU, 5 von der FDP und je 2 von KPD, Deutscher Partei (DP) und Zentrum sind von den Landtagen gewählt worden. Nach langwierigen Verhandlungen verabschiedet am 8. Mai 1949 eine breite Mehrheit von 53 Abgeordneten gegen nur 12 Stimmen aus CSU,DP,KPD und das Zentrum das **Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland**. Nach der Genehmigung durch die Militärgouverneure und der Billigung durch die Landtage wird die neue Verfassung am 23. Mai 1949 feierlich verkündet. Die Bundesrepublik Deutschland ist gegründet.

5. Vom Volkskongress zur DDR.

Ende 1947 initiiert die SED einen "Volkskongress für **Einheit und gerechten Frieden**". Dem Namen nach soll er die Nationale Einheit propagieren und eine gesamtdeutsche Verfassung auszuarbeiten. **De facto** dient er die Herrschaft der SED in der SBZ zu stabilisieren und später dann einen ostdeutschen Staat zu schaffen. Im März 1948 wählt der 2. Volkskongress als ständiges Organ einen Deutschen Volksrat aus 400 Delegierten (davon 100 aus den Westzonen), der bis zum Oktober 1948 einen Verfassungsentwurf auszuarbeiten läßt und diesen am 19. März 1949 bereits erstmals nach Einheitslisten gewählt, auf die allerdings trotz massiver Wahlfälschungen nur rund zwei Drittel der abgegebenen Stimmen entfallen. Mit der wiederum einstimmig beschlossenen Inkraftsetzung der Verfassung durch den 3. Deutschen Volksrat am 7. Oktober 1949 wird die Deutsche Demokratische Republik offiziell gegründet.

Fragen und Aufgaben.

1. Welche Staaten gehören zu Ost- und Westmächten?
2. Was beschlossen die Westmächte einzuräumen?
3. Was ist die Bizone und welche Staaten gehören dazu?

4. Wer war Marschall und was verkündigt er?
5. Wann wurde die Währungsreform durchgeführt?
6. Sprechen Sie über die Teilung Deutschlands.
7. Was bedeutet die Ost- und West Konfrontation und in welche Zonen wurde Berlin eingeteilt?
8. Wann wurde das Grundgesetz der BRD verkündigt?
9. Wann hat der Volkskongress die Verfassung der DDR aufgenommen?

Thema : 10. West – und Ostintegration.

Plan:

1. Ost und Westintegration.
2. Der Aufbau des Sozialismus in der DDR.
3. Die Stabilisierung der parlamentarischen Demokratie.
4. Der Übergang zur SED Herrschaft.
5. Literatur.

Literatur:

1. Fragen an die Deutsche Geschichte (Wege zur parlamentarischen Demokratie). Bonn, Varus Verlag 2000. S 346-352.
2. Tatsachen über Deutschland. 2001.

Stichwörter

der Konstituierungsprozess, die Weichen, Souveränität, bürgerliche Koalition, das Bündnissystem, Mehrparteiensystem, Reste an Eigenständigkeit, Konsum, soziale, proklamieren LPD, die Stabilität, Sperrklausel, der Trend, Personenkult, der Volkskammer FDJ, FDGB, Ministerium für Staatssicherheit.

1. West- und Ostintegration.

Mit der Verkündung des Grundgesetzes der Bundesrepublik im Mai und der DDR-Verfassung im Oktober 1949 ist der Konstituierungsprozess zweier Staaten in Deutschland noch keineswegs abgeschlossen. Die Weichen sind zwar gestellt, aber die detaillierte Ausgestaltung der inneren Ordnung fehlt noch ebenso wie die äußere Souveränität.

Im Westen fällt eine wesentliche Vorentscheidung über den künftigen politischen Kurs mit der ersten Bundestagswahl am 14. August 1949, in der eine "**bürgerliche Koalition**" aus CDU/CSU, FDP und Deutscher Partei eine knappe Mehrheit erreicht. Der Bundeskanzler **Konrad Adenauer** strebt die Politik der Sozialen Marktwirtschaft fortzusetzen.

Im Osten wurde das sowjetische Modell auf die DDR übertragen. Alle existierende Parteien waren zur SED Herrschaft vereinigt. Jede Form von Opposition, gerade auch in den Reihen der SED selbst, wird mit großer Radikalität unterdrückt. Wirtschaftlich setzt sich unter der Parole „**Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen**“ eine einseitige Ausrichtung auf die Schwerindustrie durch, so daß sich trotz steigender Produktionsziffern die Lebensverhältnisse der Bevölkerung nur wenig bessern.

Das Jahr 1953 bildet so in doppeltem Sinne ein Jahr der Entscheidung für eine wirtschaftlich prosperierende und politisch stabile Entwicklung der Bundesrepublik in enger Anlehnung an den Westen und der Entscheidung für die gewaltsame Sicherung einer an der Sowjetunion orientierten Herrschafts und Gesellschaftsordnung in der DDR. Mit den 1955 in Kraft tretenden Verträgen wird dieser Prozess der West und Ostintegration der beiden deutschen Staaten abgeschlossen und die Teilung vollendet.

2. Die Politik der „sozialen Marktwirtschaft“

Von Ludwig Erhard eingeleitete sozialer Marktwirtschaft hat in den Anfangsjahren ihre eigentliche Bewährungsprobe. Seine Kurs einer konservativen Finanzpolitik und einer Bevorzugung der Exportwirtschaft will vor allem Investitionen anreizen geben. Da stand gegenüber noch steigende Arbeitslosigkeit und mäßiges Lohnniveau. Etwa seit 1952/53 kommen die Früchte des wirtschaftlichen Aufschwungs.

3. Der Aufbau des Sozialismus in der DDR.

Die Gründung der DDR 1949 wurde auf der 2. Parteikonferenz der SED proklamiert. Die Entwicklung ging auf den planmäßigen "**Aufbau des Sozialismus**". Es wurde die Bodenreform durchgeführt und der Großgrundbesitz enteignet und das Land an Neubauern verteilt. Auch die Industrie und Handel kommt den VEB. Eine wachsende Bedeutung zu. Vom 1951 wurde Fünfjahrplan durchgeführt und er ist sehr intensiviert. Von entscheidender Bedeutung ist, daß die DDR in dieser Zeit trotz fehlender Voraussetzungen vorrangig eine eigene Schwerindustrie aufbaut, zukunftssträchtigere und für den Konsum der Bevölkerung produzierende Industriezweige aber vernachlässigt.

4. Die Stabilisierung der parlamentarischen Demokratie.

Die Stabilität der politischen Ordnung ist in der Bundesrepublik anfangs noch keineswegs gesichert. Gefahren gehen einerseits vom politischen Extremismus auf der Rechten wie Linken aus, der aber letztlich mit Parteiverboten niedergehalten werden kann. Andererseits deutet sich in den Wahlerfolgen zahlreicher neugegründeter Flüchtlings- und Regionalbewegungen eine bedenkliche Parteienzersplitterung an, die teilweise auch in der CDU, der CSU und der FDP zu heftigen innerparteilichen Kämpfen führt. Begünstigt durch den raschen wirtschaftlichen Wiederaufstieg und unterstützt durch die 5%- Sperrklausel kehrt sich diese Tendenz jedoch schon in der Bundestagswahl 1953 in einem massiven Trend hin zu einem Dreiparteiensystem um.

Vor allem die CDU/CSU, die sogar die absolute Mehrheit der Sitze erringen kann, zeigt sich zur Integration eines breiten politischen Spektrums fähig. „**Bonn ist nicht Weimar**“ kann der Schweizer Publizist Fritz Rene Allemann Ende 1953 in seinem gleichnamigen Buch mit Befriedigung konstatieren.

5. Der Übergang zur SED-Herrschaft.

Nach der Buchstaben ihrer Verfassung, die sich in vielem an das Weimarer Vorbild anlehnt, ist die DDR bei ihrer Gründung, ein freiheitlicher Staat mit Grundrechten, Gewaltenteilung und einem demokratisch gewählten Parlament als oberstem Staatsorgan. Doch zeigt schon der wachsende Personenkult um **Lenin** und vor allem **Stalin**, daß sich die DDR Schritt für Schritt dem sowjetischen Modell eines kommunistischen Einparteienregimes annähert. Eine große Rolle spielen dabei die im Mai 1950 auch von CDU und LDP akzeptierte Wahl der Volkskammer nach Einheitslisten und die Instrumentalisierung der Massenorganisationen, besonders der FDJ und des FDGB, für die Ziele der SED. Zugleich wird gegen jede Form von Opposition rücksichtslos vorgegangen. Für den in dieser frühen Phase besonders heftigen Terror ist in erster Linie das am 8. Februar 1950 gebildete Ministerium für Staatssicherheit verantwortlich, das direkt dem Politbüro der SED untersteht. Doch auch die Justiz trägt mit Schauprozessen und Tausenden von politisch motivierten Verfahren einem wesentlichen Teil bei.

Fragen und Aufgaben

1. Wann wurde die Verfassung der DDR aufgenommen?
2. Wie war die Lage im Westen?
3. Welches Modell wurde auf die DDR übertragen?
4. Welchen Kurs hat Ludwig Erhard eingeleitet?
5. Wann wurde die DDR gegründet?
6. Sprechen sie über die Stabilisierung der parlamentarischen Demokratie in der BRD.

Thema N11. 1955-1973 Die gespaltene Nation. Die Kanzlerdemokratie.

Plan:

1. Verschärfte Konfrontation.
2. Die Stellung der DDR im Östlichen Europa.
3. Das "Wirtschaftswunder".
4. Der wirtschaftliche Strukturwandel in der DDR 1955-61.
5. Die Kanzlerdemokratie.
6. Der Mauerbau am 13. August 1961.
7. Jahre des Übergangs.
8. Die Wohlstandsgesellschaft im Westen.
9. Eine neue Gesellschaft.
10. Literatur.

Literatur:

1. Fragen an die Deutsche Geschichte (Wege zur parlamentarischen Demokratie). Bonn, Varus Verlag 2000. S 362-368, 370-380.
2. Tatsachen über Deutschland. 2001.

Stichwörter

die Leitlinie, RGW, das "Wirtschaftswunder" die Ära Adenauer, Zuwachsraten, der wirtschaftliche Strukturwandel, Kollektivierung, Anstieg der Flüchtlingszahlen, Die Kanzlerdemokratie, die Koalition, nach der Dynamik der Anfangsjahre, die Westbindung, Jahre des Übergangs, der Atomwaffensperrvertrag, die Fluchtbewegung in den Westen.

1. Verschärfte Konfrontation.

Militärisch hochgerüstet und politisch unversöhnlich stehen sich in Deutschland die beiden weltpolitischen Blöcke, die von den Vereinigten Staaten geführten westlichen Demokratien und die von der Sowjetunion beherrschten kommunistischen Länder des Ostens, gegenüber.

Nach dem Scheitern des sowjetischen Versuchs, die drei Westalliierten aus Westberlin zu verdrängen, entschließt sich die SED dazu, die Grenzen zwischen der DDR und Westberlin hermetisch abzuriegeln.

Mit dem Mauerbau vom 13. August 1961, gegen den die Westmächte zwar protestieren, aber nicht einschreiten, und der Abwehr der sowjetischen Bedrohung der USA in der Kuba-Krise des Jahres 1962 wird der internationale **Status quo** endgültig festgeschrieben.

2. Die Stellung der DDR im Östlichen Europa.

Auch die DDR hat 1955 ein ganz neues MaB an Eigenstaatlichkeit gewonnen - wie nicht zuletzt die neue Staatsflagge unterstreichen soll, in die jetzt in die traditionellen Farben **Schwarz-Rot-Gold Hammer und Zirkel** eingefügt werden. Als souveräner Staat verfügt die DDR von nun an über eine eigene Armee und tritt als gleichberechtigter Vertragspartner in das osteuropäische Bündnisssystem ein.

Die sowjetische Führung bestimmt nicht nur den außenpolitischen Kurs der DDR, sondern auch die gesamte Innenpolitik der SED folgt dem Vorbild und den Leitlinien der KPdSU. Wirtschaftspolitisch muß sich die DDR als Mitglied des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) in wachsendem Maße in ein System der osteuropäischen Arbeitsteilung einordnen, das primär nach den Interessen der Sowjetunion ausgerichtet ist.

3. Das Wirtschaftswunder.

In dem Zeitraum, als Konrad Adenauer Bundeskanzler war, war die Lage in der BRD politisch und sozial stabil. Die Zuwachsraten stiegen um 10% und stand die BRD als drittgrößter Industriestaat der Erde. Bereits Anfang der fünfziger Jahre wird vor allem im Ausland von einem deutschen "**Wirtschaftswunder**" gesprochen. Die fünfziger Jahre sind zugleich eine Periode eines tiefgreifenden Strukturwandels, der in seinem ganzen Ausmaß und seinen Folgen erst allmählich zu Tage tritt. In Industrie und Handel wird der Klein- und Mittelbetrieb zunehmend durch die Großbetriebe verdrängt, neue Wirtschaftszentren entstehen, und der Ausbau der Verkehrswege verändert Landschaften und Städte. Alles dies führt zu einer grundlegenden Umgestaltung vieler Lebensbereiche.

4. Der wirtschaftliche Strukturwandel in der DDR 1955-1961.

In der zweiten Hälfte der 50er Jahre scheint sich die wirtschaftliche Entwicklung der DDR zu stabilisieren. Nach dem Fünfjahrplan sollte die Schwerindustrie ausgebaut, aber die Konsumgüterindustrie wird aufgeholt. Die Versorgungslage der Bevölkerung bessert sich, die Lebensmittelkarten können 1958 endlich abgeschafft werden. Die relativ günstige wirtschaftliche Entwicklung verleitet die SED allerdings zu der ganz und gar unrealistischen Erwartung, die Bundesrepublik bis 1961 "**einholen und überholen**" zu können. Zugleich wird trotz deutlicher Krisenzeichen der Fünfjahrplan 1959 abgebrochen und durch einen neuen Siebenjahrplan ersetzt werden - eine neue Phase auf dem Wege zum "**Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse** in Angriff genommen". Unter massivem Druck müssen sich Anfang 1960 nahezu alle Einzelbauern den LPGs anschließen. Zugleich wird auch in Handwerk und Handel die Kollektivierung forciert. Diese verschärfte Sozialisierungskurs trägt in entscheidendem Maße zu dem dramatischen Anstieg der Flüchtlingszahlen bei.

5. Die Kanzlerdemokratie.

Bundeskanzler Adenauer gelingt es, die im Grundgesetz angelegte herausgehobene Stellung des Regierungschefs so auszufüllen, dass hierfür das Wort von der Kanzlerdemokratie geprägt wird. Adenauer verdankt diese Position sowohl seinem außenpolitischen Geschick als auch seiner Fähigkeit, eine Koalition höchst heterogener Kräfte zusammenzuhalten und für sich zu nutzen. Nach der Dynamik der Anfangsjahre beginnt die Regierungspolitik mit dem so erfolgreichen Kanzler als alles beherrschender Zentralfigur gegen Ende der fünfziger Jahre jedoch Anzeichen der Erstarrung zu zeigen. Sowohl der SPD, die sich mit dem **Godesberger Programm** zur Westbindung und zur sozialen Marktwirtschaft bekennt, als auch der FDP, die 1956 in die Opposition geht und eine schwere innerparteiliche Krise zu überstehen hat, gelingt eine innere Erneuerung. Dagegen werden die Autorität und Dominanz des über 80 Jahre alten Kanzlers von vielen zunehmend als lähmend

empfunden. Doch erst im Oktober 1963 erklärt Adenauer nach 14 Jahren Amtssitz seinen Rücktritt.

6. Der Mauerbau am 13. August 1961.

Gestärkt durch ihre Erfolge in der Weltraumfahrt ergreift die Sowjetunion Ende 1958 in der Deutschlandpolitik die Initiative und fordert ultimativ den Abzug der Westmächte aus Berlin, der jedoch von diesen entschieden abgelehnt wird.

Die wachsenden internationalen Spannungen in und um Berlin führen 1960/61 zusammen mit den inneren Schwierigkeiten der DDR zu einer dramatisch anschwellenden Flüchtlingswelle. Die SED-Führung sieht keine andere Möglichkeit, als die Massenflucht durch die Abriegelung der Grenzen nach Westberlin zu stoppen. In der Nacht vom 12. zum 13. August errichten Volkspolizei, Kampfgruppen und Volksarmee entlang der Berliner Sektorengrenze Stacheldrahtverhau, die in den folgenden Tagen durch eine Mauer ersetzt werden. Die Westmächte achten zwar sorgfältig darauf, dass ihre Rechte in Bezug auf Berlin und Deutschland als Grenze nicht geschmälert werden, schreiten aber gegen den Mauerbau selbst nicht ein. Wie die Kuba-Krise im folgenden Jahr endet, daher auch die Krise um Berlin mit **der Festschreibung des Status quo**.

7. Jahre des Übergangs

Im Rückblick zeigen sich die 60er Jahre als eine schwierige Phase des Übergangs. In vielen Bereichen verändern sich die Faktoren von Grund auf: Mit dem Mauerbau und der Kuba-Krise hat der Kalte Krieg seinen Höhepunkt überschritten. Die östliche und westliche Einflusssphäre sind klarer als je zuvor voneinander abgegrenzt. Von dieser Basis aus werden in den sechziger Jahren erste vorsichtige Versuche unternommen, die internationalen Spannungen abzubauen und zu vertraglich geregelten Beziehungen zu finden. Das wichtigste Ergebnis dieser Bemühungen ist der 1968 unterzeichnete Atomwaffensperrvertrag. Auch die beiden deutschen Staaten sind nun gezwungen, ihre Haltung zueinander von Grund auf zu überdenken. Sie können sich allerdings zunächst lediglich über wenige pragmatische Fragen wie den Interzonenhandel und die Passierscheinabkommen verständigen.

Für die DDR eröffnet sich nach dem Mauerbau die Chance zu einer wirtschaftlichen Stabilisierung, zumal auch die sozialistische Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse 1960 zu einem vorläufigen Abschluss gekommen ist. Ein neues Planungssystem und eine Reihe von Reformen, darunter im Bildungswesen, tragen zu einer Modernisierung bei. Obwohl der wirtschaftliche Rückstand zum Westen auch jetzt weiter wächst, ist doch, gerade im Vergleich mit der Zeit bis 1961, die Festigung der DDR als Staat unübersehbar. Auch aus westdeutscher Perspektive wird aus der "Zone" mehr und mehr die DDR, mit deren staatlicher Existenz sich die Politik der Bundesrepublik abfinden und auseinandersetzen müssen.

8. Wohlstandsgesellschaft im Westen .

Zu Beginn der fünfziger Jahre ist die Gesellschaft der Bundesrepublik noch durch scharfe soziale Trennlinien zwischen Arbeitern, Angestellten und Selbstständigen geprägt. Im Zuge des wirtschaftlichen Strukturwandels geht jedoch sowohl der Anteil der Arbeiter als auch der der Selbstständigen in Landwirtschaft, Handel und Gewerbe deutlich zurück. Unterstützt durch sozialpolitische Reformen verläuft die Entwicklung in Richtung auf eine industrielle Arbeitnehmergeinschaft. Obwohl sich die Einkommensunterschiede zwischen Unter- und Oberschicht sogar noch vergrößern, trägt der wachsende allgemeine Wohlstand und der damit einhergehende Massenkonsum entscheidend dazu bei, dass sich die Lebensweisen aller Schichten in hohem Masse angleichen. Regelrechte Konsumwellen zeigen dabei die vorrangigen Bedürfnisse der Bevölkerung an: Einer "ESS-", "Kleidungs-" und dann "Wohnungswelle" folgt seit Ende der fünfziger Jahre der Trend zu Reise und Urlaub. Parallel hierzu übernimmt mehr und mehr das Auto die Rolle des zentralen

Statussymbols. Nicht zuletzt kommt mit dem Fernsehen ein neues Informations- und Unterhaltungsmedium auf, das in allen Lebensbereichen nachhaltige Veränderungen bewirkt.

9. Eine neue Gesellschaft.

Von Anfang soll nach dem Willen der kommunistischen Führung in der DDR eine neue Gesellschaftsordnung, ein Arbeiter und Bauernstaat, aufgebaut werden. Ausgelöst durch die Sozialisierungs- und Kollektivierungspolitik und noch verstärkt durch die Fluchtbewegung in den Westen tendiert daher die gesellschaftliche Entwicklung in der DDR noch viel stärker als in der Bundesrepublik zu einer Arbeitergesellschaft - allerdings anders als im Westen verbunden mit einer Nivellierung auf niedrigem Niveau. Als ein DDR-spezifisches Phänomen bildet sich darüber eine in vieler Hinsicht privilegierte Schicht von Funktionären aus. Eine Besonderheit ist auch der gegen 90% tendierende Anteil berufstätiger Frauen. Im übrigen aber bleibt die gesellschaftliche Entwicklung in der DDR in hohem Maße auf das westdeutsche Vorbild fixiert. Im Vergleich zu dem dort erreichten Wohlstand und Konsumstandard, an dem sich die Wünsche und Ansprüche der DDR-Bevölkerung orientieren, bleibt im Osten, zumindest über eine lange Zeit, eine Gesellschaft des Mangels bestehen.

Fragen und Aufgaben

1. Was gelingt es Bundeskanzler K. Adenauer?
2. Wann erklärt K. Adenauer seinen Rücktritt?
3. Warum hat die SU ultimativ den Abzug der Westmächte aus Berlin gefordert?
4. Sprechen sie über das Leben in der DDR ?
5. „Die Wohlstandsgesellschaft im Westen“ sprechen sie darüber.
6. Wie war die neue Gesellschaft in der DDR?

Thema N12. Die Schatten der Vergangenheit, Sozialer Wertewandel in West und Ost.

Plan zur Vorlesung

1. Der Machtwechsel von 1969
2. Von Ulbricht zu Honecker.
3. Die Öffnung nach Osten
4. Von Erhard zur großen Koalition.
5. Die DDR unter Ulbricht.
6. Krisenbewältigung und Reformpolitik.
7. Literatur.

Literatur:

1. Fragen an die Deutsche Geschichte (Wege zur parlamentarischen Demokratie). Bonn, Varus Verlag 2000. S 382-386, 390-395.
2. Tatsachen über Deutschland. 2001.

Stichwörter:

der Wahlsieg, die Phase des Übergangs, die Kohlenkrise, der Konjunkturunbruch, die Krisenfestigkeit, der Mauerbau, "Neues Ökonomisches System der Planung und Leitung, NÖSPL, die Krisenbewältigung, ganz neues Instrumentarium, die Not-

standsgesetzgebung, die Koalition, Die Spannung, große Koalition, Bundespräsidentenwahl, Grundsatz auf die Bildung, der Regierungswechsel in der DDR, kompromislose Haltung, Ulbrichts Nachfolger, Regierungserklärung, Vereinbarung über den Gewaltverzicht, Vier-Mächte-Abkommen.

1. Von Erhard zur großen Koalition.

Bundeskanzler Erhardt tritt die Nachfolge Adenäurs in einer – wie es zunächst aussieht und wie auch sein **Wahlsieg vom Herbst 1968** zu bestätigen scheint- unveränderten politischen Lage an. Doch erweist sich seine Regierungszeit mehr und mehr als eine schwierige Phase des Übergangs. Neben nanchen auBenpolitischen Problemen spielt dabei die wirtschaftliche Entwicklung eine entscheidende Rolle.

Nachdem aufgrund der Kohlenkrise das Ruhrgebiet betroffen ist, erlebt die Bundesrepublik 1966 einen allgemeinen Konjunkturunbruch. DaB in dieser Situation die neonazistische NPD überraschend Wahlerfolge für sich verbrauchen kann, nährt erhebliche Zweifel an der Krisenfestigkeit des politischen Systems der Bundesrepublik. Die wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten werden schließlich im Herbst 1966 als so schwerwiegend empfunden, daB sich die Überzeugung durchsetzt, nur eine große Koalition aus CDU/CSU und SPD könne die Krise überwinden.

2. Die DDR unter Ulbricht.

Nach dem Maürbau befindet sich Walter Ulbricht, zugleich Erster Sekretär der SED, Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates, auf dem Höhepunkt seiner Macht. Unterstützt durch ein "Neüs Ökonomisches System der Planung und Leitung (NÖSPL), das den volkseigenen Betrieben größere Selbständigkeit zugesteht und mehr Leistungsanreize einführt, gelingt eine wirtschaftliche Stabilisierung. Nach Konflikten mit den sowjetischen Wirtschaftsinteressen und dem Anspruch der SED auf zentralisierte Herrschaft muß der Wirtschaftskurs allerdings 1967 teilweise korrigiert werden. Auch in anderen Bereichen, etwa der Kulturpolitik, ist seit Mitte der sechziger Jahre wieder eine Verhärtung der SED - Politik festzustellen. Je mehr in Bonn über den deutschlandpolitischen Kurs diskutiert wird desto, stärker, grenzt sich die DDR von der BRD ab und betont besonders mit dem Staatssangehörigkeitsgesetz von 1967 und der neun Verfassung 1968 - ihre staatliche Eigenständigkeit. Doch bleiben die Erfolge im Ringen um die internationale Anerkennung zunächst noch sehr begranzt.

3. Krisenbewältigung und Reformpolitik.

Die große Koalition aus CDU/CSU und SPD versteht sich von vonherein als ein Bündnis auf Zeit zur Lösung ganz bestimmter Aufgaben. Im Mittelpunkt steht zunächst die Bewältigung der wirtschaftlichen Krisensituation. Hierfür wird unter der Verantwortung von **Wirtschaftsminister Schiller** (SPD) und **Finanzminister Strauss** (CSU) ein ganz neüs Instrumentarium entwickelt, mit dem bereits 1968 wieder ein deutliches Wachstum erreicht werden kann. Daneben werden jene Probleme angegangen, für deren Lösung bisher die notwendigen verfassungsändernden Mehrheiten gefehlt haben: die Notstandsgesetzgebung die Reform der Finanzverfassung oder auch die Neuregelung des Verhältnisses zwischen Bund und Ländern im Bildungs - und Gesundheitsbereich. Diese durchgängige Anpassung des Staates an die Bedürfnisse einer hochindustrialisierten Gesellschaft muß als die eigentliche Leistung der großen Koalition angesehen werden. Doch löst die erdrückende Regierungsmehrheit Sorgen um den Fortbestand der parlamentarischen Demokratie aus, die erheblich zu den heftigen Protestaktionen jener Jahre beitragen.

4. Der Machtwechsel von 1969.

Zunehmende Spannungen in der großen Koalition kündigen 1968/69 einen bevorstehenden Regierungswechsel an. Als ein Signal in diese Richtung wird vor allem die Bundespräsidentenwahl im März 1969 verstanden, in der sich der sozialdemokratische Kandidat, **Justizminister Heinemann**, nach langem Ringen um die Stimmen der FDP gegen den Unionskandidaten, Verteidigungsminister **Schröder**, durchsetzt. Obwohl definitive Öffentliche Festlegungen unterbleiben, wird bereits von der Bundestagswahl am 28. September 1969 allgegangen. Auf der Grundlage eines geringen Stimmenvorsprungs verständigen sich die Vorsitzenden von SPD und FDP, **Willy Brandt und Walter Scheel**, noch in der Wahlnacht im Grundsatz auf die Bildung einer gemeinsamen Regierung. Am 21. Oktober 1969 wird Willy Brandt mit der knappen Mehrheit von 251 Stimmen zum Bundeskanzler gewählt. Die zweite Republik hat ihre Fähigkeit zum demokratischen Wechsel bewiesen.

5 Von Ulbricht zu Honecker.

Auch in der DDR wird der Bonner Regierungswechsel von hohen Erwartungen begleitet. Doch ist es nicht die Unzufriedenheit der DDR - Bevölkerung mit dem eigenen Regime, die am 3. Mai 1971 für viele überraschend zur Ablösung Walter Ulbrichts als Erster Sekretär der SED führt. Den Hintergrund bildet vielmehr die wachsende politische Eigenmächtigkeit Ulbrichts gegenüber der Sowjetunion. Vor allem mit ihrer kompromißlosen Haltung gegenüber der neuen Ostpolitik der Bundesrepublik erregt die DDR - Führung den Unwillen der Sowjetunion und anderer osteuropäischer Länder. Unter Ulbrichts Nachfolger, seinem langjährigen Kronprinzen Erich Honecker, erkennt die SED nicht nur wieder die sowjetische Führungsrolle speziell in der Außen - und Wirtschaftspolitik bedingungslos an, sondern die neue Parteispitze ist nach den politischen Arbeiterunruhen von 1970 zugleich bemüht, auf die sozialen und materiellen Interessen der unteren Einkommensschichten stärker einzugehen.

6. Die Öffnung nach Osten

Bereits in seiner Regierungserklärung gibt Bundeskanzler **Brandt** die Bereitschaft zu erkennen, über die bisherigen Gewaltsverzichtsangebote hinaus den Status **quo** in Europa einschließlich der staatlichen Existenz der DDR anzuerkennen. Während erste Gespräche mit **der DDR-Führung in Erfurt und Kassel** durch deren Beharren auf der völkerrechtlichen Anerkennung ergebnislos bleiben, gelingt es Brandts engstem außenpolitischen Berater, Staatssekretär **Egon Bahr**, in Gesprächen mit der Sowjetunion zu einer Übereinkunft zu kommen. Der am 12. August 1970 unterzeichnete Moskauer Vertrag bildet den Mittelpunkt des von der sozialliberalen Regierung ausgehandelten Systems der Ostverträge. Die in ihm enthaltene Vereinbarung über den Gewaltverzicht und die Achtung der bestehenden Grenzen nimmt auch schon die Kernpunkte der späteren Verträge mit Polen, der CSSR und der DDR vorweg. Mit ihm verbunden ist ferner das Vier Mächte - Abkommen über Berlin, das Erleichterungen für den Transitverkehr nach West-Berlin, bringt Besuche von West-Berliner im Ostteil der Stadt und in der DDR ermöglicht und die Bindungen West-Berlins an den Bund bestätigt.

Fragen und Aufgaben.

1. Wer war K. Adenauers Nachfolger?
2. Sprechen Sie über den Konjunktüeinbruch in der BRD?
3. Wer war Walter Ulbricht und wie führte er seinen Kurs in der DDR?
4. Wie wurde die Krise bewältigt?

5. Sprechen Sie über die Reformpolitik in der BRD?
6. Wann fand der Bundespräsidentenwahl in der BRD?
7. Wie wurde Willy Brand zum Bundeskanzler gewählt?
8. Wann ist E.Honecker zur Macht gekommen?
9. Wie war die Lage wirtschaftlich und politisch in der DDR und in der BRD? .

Das Thema N13. 1973-1990 Von der KÖxistenz zur Wiedervereinigung.

Plan zu Vorlesung:

1. Zwei deutsche Staaten.
2. Das Nebeneinander
3. Honecker - ein neür Anfang?
4. Die inneren Reformen.
5. Literatur.

Literatur:

1. Fragen an die Deutsche Geschichte (Wege zur parlamentarischen Demokratie). Bonn, Varus Verlag 2000. S 398-403.
2. Tatsachen über Deutschland. 2001.

StichwÖrter

Vietnam – Krieg, die MachtblÖcke, friedliche KÖxistenz, im Gefolge der Entspannungspolitik, offen und flexibel, die Aufwärtsentwicklung, die Auslandsverschuldung, weltweite Rezession, Ost-West-Klima, ambivalent, PartizipationsmÖglichkeiten in Elternaktiven, Weltjugendfestspiele Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)

1. Zwei deutsche Staaten.

Nach dem AbschlUB der Ostverträge, der auf der internationalen Ebene von der Beilegung weiterer Konflikte, vor allem des **Vietnam-Krieges**, begleitet ist, sind die siebziger Jahre durch eine allgemeine Entspannung der Ost- West-Beziehungen gekennzeichnet. Die beiden MachtblÖcke und damit auch die beiden deutsche Staaten sollen trotz aller politisch-ideologischen Differenzen und der wechselseitigen militärischen Bedrohung in friedlicher KÖxistenz leben - so die von beiden Seiten offiziell vertretene Zielsetzung.

Die DDR erlebt im Gefolge der Entspannungspolitik in der ersten Hälfte der siebziger Jahre eine Phase des politischen und wirtschaftlichen Aufschwungs: Endlich weitweit als Staat anerkannt, gibt sie sich unter der neün Führung von **Erich Honecker** politisch offener und flexibler. Und wirtschaftlich kann sie auf eine erhebliche Verbesserung in der Versorgung der BevÖlkerung verweisen. Allerdings bricht diese Aufwärtsentwicklung, ohnehin mit einer wachsenden Auslandsverschuldung und Devisenabhängigkeit erkaufte, etwa 1976/77 ab, als sich die weltweite Rezession auch im Ostblock bemerkbar macht. Zudem sieht sich das SED-Regime nach der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) zunehmend mit Forderungen nach Einhaltung der Menschenrechte konfrontiert,

oppositionellen Regungen, auf die die DDR-Führung wieder mit verstärkter Repression reagiert.

Auch die Bundesrepublik profitiert in ihrer Außenpolitik und in ihren Wirtschaftsbeziehungen von dem gewandelten Ost-West-Klima. Weit mehr aber wird die westdeutsche Entwicklung in den siebziger Jahren durch den grundlegenden Umschwung bestimmt, der sich in der Wirtschafts-, Finanz- und Innenpolitik im Gefolge der ersten Ölkrise vom Herbst 1973 vollzieht. Für große Reformprogramme fehlen nun der Sinn und das Geld, die Politik ist vollauf damit beschäftigt, das Staatsschiff durch die Klippen einer **weltweiten wirtschaftlichen Rezession** zu steuern. Die Grenze zwischen beiden Phasen wird deutlich durch den Wechsel in der Führung der sozialliberalen Koalition von Bundeskanzler **Brandt** und **Vizekanzler Scheel** zu **Helmut Schmidt** als Regierungschef und **Hans-Dietrich Genscher** als **Außenminister** im Mai 1974 markiert.

Die zwischen den beiden deutschen Staaten bestehenden Bindungen und Verbindungen entwickeln sich in den **siebziger Jahren ambivalent**. Einerseits schaffen die neuen Verträgen mehr Kontaktmöglichkeiten zwischen den Menschen. Andererseits ist nicht zu übersehen, daß sich die Deutschen in Ost und West mehr als 25 Jahre nach Kriegsende und angesichts der nun auch vertraglich bestätigten Teilung zunehmend in ihrem Staat einzurichten und auf ihre jeweiligen Probleme zu konzentrieren beginnen. Vor allem das **"Provisorium"** Bundesrepublik wird, wie nicht zuletzt die jetzt zahlreich erscheinenden Darstellungen seiner Geschichte belegen, von vielen als ein Dauerzustand gesehen.

2. Das Nebeneinander.

Die Aufnahme der beiden deutschen Staaten in die UNO am 18. September 1973 unterstreicht vor aller Welt die neue politische Situation in Deutschland. Die Bundesrepublik und die DDR haben zu einer relativen Normalisierung ihrer Beziehungen gefunden, die trotz mancher Rückschläge und Ernüchterungen konkrete Verbesserungen für die Menschen bringt. Für die DDR wird damit auch der Weg frei zur lange erstrebten internationalen Anerkennung; binnen weniger Jahre nehmen fast alle Staaten der Welt diplomatische Beziehungen zu Ostberlin auf. Zugleich versucht die SED-Führung, sich mit großer Entschiedenheit von der Bundesrepublik abzugrenzen und die Dauerhaftigkeit der eigenen staatlichen Existenz zu unterstreichen. 1974 werden aus der DDR-Verfassung alle Hinweise auf Deutschland und eine Wiedervereinigung gestrichen. Das vertraglich geregelte Nebeneinander erweitert auch dem außenpolitischen Handlungsspielraum der Bundesrepublik, indem nicht nur die Beziehungen zu den Ostblockstaaten - nicht zuletzt wirtschaftlich - intensiviert, sondern auch darüber hinaus die Fesseln des bisherigen Alleinvertretungsanspruchs abgelegt werden können.

3. Honecker - ein neuer Anfang?

Mit dem Wechsel an der Spitze der SED ist auch ein deutlicher Wandel des allgemeinen politischen Klimas verbunden. Eine Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen und eine Reihe von sozialpolitischen Maßnahmen soll die Bevölkerung ebenso stärker in der Staat integrieren wie erweiterte **Partizipationsmöglichkeiten in Elternaktiven**, in kommunalen Vertretungen oder auch als Schöffinnen. Zugleich wird das Politbüro deutlich verjüngt und in einer Reihe von kulturellen Fragen eine liberalere Haltung eingenommen. Auch bei den **Weltjugendfestspielen** 1973 versucht das Regime, Offenheit zu demonstrieren. Alles dies bedeutet jedoch keine Abstriche an den Machtpositionen der SED. Im Gegenteil: Die Methoden werden zwar in mancher Hinsicht **flexibler**, die Zentralisierung der Entscheidungen nimmt unter Honecker aber eher noch zu. Im Zuge der verschärften Abgrenzungspolitik gegenüber dem Westen ist in

vielen Bereichen, etwa im Erziehungssystem, zudem eine weiter wachsende Ideologisierung zu verzeichnen. Deutlich sichtbar wird die unverändert repressive Politik, als die SED-Führung 1976/77 in verschärfter Form gegen die sich nach der KSZE verstärkt regende Opposition vorgeht.

4. Die inneren Reformen.

Die Sozialliberale Koalition tritt 1969 auch in der Innenpolitik mit Plänen für eine grundlegende Neuorientierung an. **Das Leitmotiv faBt Bundeskanzler Brandt** in seiner Regierungserklärung in die Formel "**Mehr Demokratie wagen**". Das konkrete Reformprogramm reicht von der Liberalisierung und Modernisierung des Rechtssystems über den Ausbau des Netzes der sozialen Sicherung und die Erweiterung der betrieblichen Mitbestimmung bis hin zur Verbesserung des Bildungswesens. Wegen der heftigen Auseinandersetzungen um die Ostpolitik kann das 1969 formulierte Programm allerdings im wesentlichen erst nach 1972 schrittweise durchgesetzt werden - und dann auch nur mit vielfachen Einschränkungen gegenüber den ursprünglichen Zielsetzungen. Neben Differenzen zwischen SPD und FDP und dem Widerspruch, der von der Unionsmehrheit im Bundesrat und dem Bundesverfassungsgericht bei einigen wichtigen Reformgesetzen eingelegt wird, zieht vor allem die sich verschlechternde wirtschaftliche Lage der Reformtätigkeit auch finanzielle Grenzen.

Fragen und Aufgaben.

1. Wodurch ist die Ost-West Beziehungen gekennzeichnet?
2. Wie war die Lage in den siebzigen Jahren in der DDR?
3. Wie war die Lage in der BRD in einer Zeit?
4. Wann wurde die beiden deutschen Staaten in die UNO aufgenommen?
5. Wann wurde in der DDR-Verfassung die Hinweise auf die Wiedervereinigung gestrichen?
6. Sprechen Sie über Honeckers Tätigkeit in der Macht?
7. Was bedeutete das Leitmotiv „Mehr Demokratie wagen“ von Bundeskanzler Brandt?
8. Welche Reformen sind in der Politik und in der Gesellschaft der BRD durchgeführt?

Das Thema N14. Zwei Staaten eine Kultur?

Plan zu Vorlesung:

1. Einleitung.
2. Krisen und Wandel
3. Der Terrorismus
4. Regierungswechsel in Bonn.
5. Das Ende der Teilung.
6. Literatur.

Stichwörter

Menschliche Kontakte, alternative Kulturreform, demokratischer Verfassungssataat, NATO – Nachrüstungsbeschluss, drastische Erhöung, das Bündnis CDU?CSU, Nebeneinander von Prosperität, einfrieren, der Regierungswchsel, Oppositionsführer, das Wählervotum, Beitritt zur BRD.

Literatur:

1. Fragen an die Deutsche Geschichte (Wege zur parlamentarischen Demokratie). Bonn, Varus Verlag 2000. S 409-417.
2. Tatsachen über Deutschland. 2001.

1. Einleitung.

Das scheinbar endgültige Nebeneinander zweier Staaten in Deutschland regt in den siebziger Jahren zu Debatten darüber an, was nach den Jahrzehnten der Teilung die deutsche Nation noch zusammenhält oder ob sich schon neu, auf die beiden Staaten bezogene Identitäten ausgebildet hätten. Neben den wieder intensivierten menschlichen Kontakten wird dabei als einheitsbewahrender Faktor vor allem die durch die gemeinsame Sprache vermittelte Kultur genannt. Trotz mancher kultureller Differenzen, zu denen neu, alternative Kulturformen im Westen entscheidend beitragen, finden außer dem klassischen Erbe nach wie vor viele Schriftsteller, Musiker und andere Künstler der Gegenwart ein breites Publikum in beiden Staaten. Insofern stärken gerade auch die sich 1976/77 häufenden Ausbürgerungen und Ausreisen prominenter DDR-Künstler ungewollt die kulturellen Bindungen über die Grenze hinweg. Auf der anderen Seite ist die SED-Führung massiv bemüht, durch die bewusste Aufnahme bestimmter historischer Traditionen die Ausbildung einer DDR-eigenen Identität zu fördern. Doch auch im Westen werden jene Stimmen lauter, die in Absetzung von einer nationalen Orientierung die eigentliche Staatsräson der Bundesrepublik in ihrer Bindung an die westlichen Werte des demokratischen Verfassungsstaates sehen.

2. Krisen und Wandel.

Nach einem Jahrzehnt der Verständigung zwischen Ost und West fallen im Dezember 1979 zwei Ereignisse zeitlich eng zusammen, die schon bald als das Ende der Entspannung verstanden werden: der NATO-Nachrüstungsbeschluss, mit dem sich das westliche Verteidigungsbündnis gegen die verstärkte Rüstung der UdSSR wendet, und der sowjetische Einmarsch nach Afghanistan. Insbesondere die USA vollziehen in Reaktion auf die sowjetische Politik - vor allem seit 1981 unter dem neun Präsidenten **Reagan** - einen entschiedenen Kurswechsel. Parallel zu dieser Krise in den internationalen Beziehungen stürzt eine erneute drastische Erhöhung der Öl- und Rohstoffpreise die gesamte Weltwirtschaft in eine **tiefe Rezession**.

In der Bundesrepublik führt diese doppelte Herausforderung zu heftigen innenpolitischen Auseinandersetzungen: Gegen die westliche Nachrüstungspolitik formiert sich eine breite Protestbewegung, die bis weit in das Regierungslager hineinreicht. Der Konflikt zwischen Ökologie und Ökonomie verschärft sich durch die neu parteipolitische Konkurrenz der Grünen. Vor allem aber kann sich **die Regierung Schmidt/Genscher** immer weniger über den wirtschafts- und finanzpolitischen Kurs verständigen, so daß die SPD/FDP - Koalition schließlich am 17. September 1982 auseinanderbricht.

Das Bündnis aus CDU/CSU und FDP, das unter Bundeskanzler **Helmut Kohl am 1. Oktober 1982** die Regierungsverantwortung übernimmt, gründet sich besonders auf die Zielsetzung, durch eine neu Wirtschafts- und Finanzpolitik die Rezession zu überwinden. Die nachfolgende Phase des konjunkturellen Aufschwungs ist zugleich in allen westlichen Industrienationen eine Zeit des verschärften technologischen Wandels, der eng mit dem Vordringen des Computers in alle Lebensbereiche verknüpft ist.

Immer stärker wird die wirtschaftliche Entwicklung durch ein Nebeneinander von **Prosperität** und struktureller Krise geprägt. In der Deutschland- und Außenpolitik dominieren **die Elemente der Kontinuität**. Westintegration und um Ausgleich bemühte Ostpolitik

bilden auch nach 1982 das Fundament der westdeutschen Außenpolitik. So setzt die Regierung **Kohl/Genscher** zwar gegen harten innenpolitischen Widerstand den NATO-Nachrüstungsbeschluss um, bemüht sich aber gleichzeitig, den in den Jahren zuvor erreichten Stand der innerdeutschen Beziehungen nicht zu gefährden.

Auch die DDR sieht weder nach der **Afghanistan-Krise** noch nach dem **Bonner Regierungswechsel** einen Anlass, die Beziehungen zur Bundesrepublik einzufrieren. Als unausgesprochene Gegenleistung für Westdeutsche Kredite erklärt sie sich vielmehr zum Abbau der Selbstschutzanlagen an der innerdeutschen Grenze und zu erweiterten Reisemöglichkeiten für ihre Bürger bereit. Dabei spielt allerdings eine große Rolle, dass die DDR als Folge der zweiten Ölkrise unter massiven wirtschaftlichen Problemen leidet, die durch den westlichen Geldzufluss nur mühsam überdrückt werden können. Vor allem der technologische Wandel entwickelt sich zu einer Herausforderung, der sich die DDR und die anderen Ostblockstaaten immer weniger gewachsen zeigen

3. Der Terrorismus.

Bereits seit den frühen siebziger Jahren sieht sich die Bundesrepublik mit dem internationalen Problem des Terrorismus konfrontiert. Ihren Höhepunkt erreichen die terroristischen Anschläge 1977 mit den **Morden an Generalbundesanwalt Buback**, dem **Bankier Ponto** und **Arbeitgeberpräsident Schleyer** sowie der **Entführung einer Lufthansa-Maschine**. Regierung und Opposition arbeiten in dieser kritischen Situation eng zusammen, ringen jedoch zugleich heftig um die angemessenen Methoden der Terroristenbekämpfung. Nach der strikten Ablehnung eines Eingehens auf die erpresserischen Forderungen der Terroristen im Herbst 1977 geht die Zahl der Anschläge zwar deutlich zurück, doch bilden terroristische Gewaltakte seither eine stets aktuelle Gefahr.

4. Der Regierungswechsel in Bonn.

Seit 1979/80 wird die Bundesrepublik von der zweiten, durch hohe Öl- und Rohstoffpreise ausgelösten weltweiten Rezession erfaßt. Unter ihrem Eindruck spitzen sich, nachdem sich die sozialliberale Koalition in der Bundestagswahl vom 5. Oktober 1980 noch einmal eine Mehrheit hat sichern können, die wirtschafts- und finanzpolitischen Differenzen der Koalitionspartner zu. Unter wechselseitigen Vorwürfen und auch aufgrund starker Spannungen in der SPD-Fraktion bricht die Regierung **Schmid/Genscher** schließlich am 17. September 1982 auseinander. Daraufhin verständigen sich **CDU/CSU** und **FDP** in Koalitionsgesprächen, die bei den Liberalen von heftigen innerparteilichen Auseinandersetzungen begleitet sind, auf die Bildung einer neuen Regierung. Am 1. Oktober 1982 wird der bisherige **Oppositionsführer Helmut Kohl** ein **konstruktives Mißtrauensvotum** zum Bundeskanzler gewählt. Nach ersten Maßnahmen und Entscheidungen vor allem in der Haushaltspolitik stellt sich die neugebildete Koalition am 6. März 1983 in vorgezogenen Bundestagswahlen dem **Wahlervotum** und erreicht eine deutliche Bestätigung des Regierungswechsels.

5. Das Ende der Teilung.

Mit der Öffnung der Grenzen zum Westen am Abend des 9. November 1989 muß die SED faktisch auch ihre politische Führungsrolle in der DDR aufgeben. Aus der Parole **"Wir sind das Volk"** wird die neue Formel **"Wir sind ein Volk"**.

Der innerdeutsche Weg zur Einheit vollzieht sich vor allem in zwei großen Schritten. Bereits am 1. Juli 1990 werden beide Staaten zu einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet mit der DM

als gemeinsamer Währung zusammengeschlossen. Die politische Einheit, die auf der Grundlage eines umfangreichen Einigungsvertrages in der Form eines Beitritts der DDR zur Bundesrepublik nach Artikel 23 des Grundgesetzes vollzogen wird, folgt drei Monate später, am 3. Oktober 1990.

Mit dem Umbruch in der DDR steht sogleich auch die Frage der deutschen Einheit auf der Tagesordnung. Die meisten Bürger der DDR denken - wie sich mehr und mehr zeigt - weniger an eine Reform ihres Staatswesens als an sein baldiges Aufgehen in einem größeren, demokratischen und wirtschaftlich **prosperierenden**. Deutschland, gegen das sich auch die Sowjetunion nach den Verhandlungen zwischen **Bundeskanzler Kohl und Generalsekretär Gorbatschow im Kaukasus** nicht mehr grundsätzlich sperrt. In einer Reihe von Verträgen verständigen sich die **Bundesrepublik und die DDR** ber die konkreten Schritte zur Erreichung der staatlichen Einheit. Als deren wichtigste müssen die am 1. Juli vollzogene **Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion und die Unterzeichnung des Einigungsvertrages** am 31. August 1990 gesehen werden.

Am 23. August beschließt die Volkskammer mit Zweidrittelmehrheit den **Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland zum 3. Oktober 1990**.

Fragen und aufgaben.

1. **Welche Debatten entstanden** in den Jahren des Nebeneinanders?
2. Warum reisten die prominenter DDR Kunstler nach Westen aus?
3. Sprechen Sie über die Ereignisse des Jahres 1979.
4. Wann wurde SPD und FDP Koalition auseinandergebrochen?
5. Warum sieht die DDR die Beziehung zu BRD einzufrieren?
6. Wann konfrontierte die BRD mit dem Terrorismus?
7. Wann geschah der Regierungswechsel in Bonn?
8. Zu welchen Jahren fallen das Ende der Teilung in Deutschland?
9. Wann beschloss die Volkskammer den Beitritt der DDR zur BRD?

Das Thema 15. Der Weg in die Gegenwart.

Plan zu Vorlesung.

1. Der Aufbau der neun Länder.
2. Das Ringen um die innere Einheit.

3. Ein neues Europa.
4. Deutschland und die neue Weltordnung.
5. Literatur.

Literatur:

1. Fragen an die Deutsche Geschichte (Wege zur parlamentarischen Demokratie). Bonn, Varus Verlag 2000. S 443-446.
2. Tatsachen über Deutschland. 2001.

Stichwörter

Aufbau der neun Länder, das Untenehmen zu grossen Investitionen, Wiedervereinigung, das Ringen um die innere Einheit, Ausgleich zwischen Ost – und West, das neue Europa, Europäische Union, europäische Währung, Weltordnung.

1. Der Aufbau der neun Länder.

Nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten wird erst allmählich das ganze Ausmaß der Aufgaben deutlich, die sich beim Aufbau der neun Bundesländer stellen: Hohe Altlasten nicht nur unmittelbar finanzieller Art sind zu übernehmen. Das Verkehrs- und Kommunikationssystem und die Verwaltungsstruktur müssen den Anforderungen einer modernen Industriegesellschaft angepaßt werden. Und der wirtschaftliche Umstrukturierungsprozeß erweist sich nach dem Wegfall der Märkte in Osteuropa und aufgrund der völlig veralteten Produktionsanlagen als weit schwieriger als ursprünglich vorauszusehen, zumal mit der Abschwächung der Wirtschaftskonjunktur seit dem Herbst 1992 die Bereitschaft der Unternehmen zu großen Investitionen in den neun Ländern eher zurückgeht. Trotz aller Erfolge und sichtbaren Zeichen einer wirtschaftlichen Belebung gelingt es daher zunächst nicht, in ausreichendem Maße Arbeitsplätze zu schaffen.

Während sich für die jüngere Generation gute Chancen zu eröffnen scheinen, finden viele ältere Arbeitnehmer nicht mehr oder nur vorübergehend eine Beschäftigung. Alle finanziellen Anstrengungen vermögen nicht zu verhindern, daß die Eingliederung der neun Länder in die Bundesrepublik einen hohen sozialen Preis fordert.

2. Das Ringen um die innere Einheit.

Bereits im Zuge der Wiedervereinigung wird darum gerungen, ob die neue Einheit allein auf der Übernahme der Verfassungs-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik in den neun Ländern basieren oder ob sie auch das Ergebnis einer grundlegenden Reform dieser Ordnung und eines wenigstens partiellen Ausgleichs zwischen Ost und West sein soll. Einem solchen Ausgleich stehen jedoch häufig nicht nur Gesichtspunkte der Ökonomischen und administrativen Effizienz entgegen, sondern auch die strukturelle und personelle Belastung aus den Zeiten der kommunistischen Diktatur. Immerhin symbolisiert die mit knapper Mehrheit getroffene Entscheidung des Deutschen Bundestages für Berlin als deutsche Hauptstadt, daß die künftige Entwicklung der Bundesrepublik nicht allein in den alten Bahnen verlaufen soll. Viele ehemalige DDR-Bürger gewinnen dennoch den Eindruck, in der Bundesrepublik mit ihren eigenen Leistungen und Wertmaßstäben nicht hinreichend akzeptiert zu sein. Gleichwohl zeichnet sich ab, daß sich die Lebenseinstellungen zumindest der jüngeren Generation in Ost und West mehr und mehr angleichen.

3. Ein neues Europa.

Die europäische Einigung schreitet auch nach dem Verschwinden des Eisernen Vorhangs zunächst in den bislang vorgezeichneten Linien voran. Zum Jahresbeginn 1993 wird in der "**Europäischen Union**" die völlige Freizügigkeit für Menschen, Güter und Dienstleistungen erreicht. Mit dem Beitritt von Finnland, Österreich und Schweden zum 1. Januar 1995 gehören nahezu alle westlichen Staaten der **EU** an. Im Mittelpunkt aller Debatten aber steht seit den Beschlüssen **von Maastricht** im Dezember 1991 die Einführung einer einheitlichen **europäischen Währung**. Sie setzt ein bisher nicht erreichtes Maß der wirtschaftlichen und politischen Abstimmung zwischen den Partnerländern voraus und würde daher auch die Integration erheblich verstärken. Angesichts der vielfältigen inneren und äusseren Belastungen fühlt es den meisten Mitgliedsstaaten jedoch schwer, die Voraussetzungen hierfür zu schaffen. Zudem kommt auf die Europäische Union noch die große politische Aufgabe zu, die neun Demokratien Osteuropas in den Integrationsprozess einzubeziehen.

4. Deutschland und die neue Weltordnung.

Mit der wachsenden Zahl internationaler Probleme zieht sich auch das vereinigte Deutschland neun Herausforderungen gegenüber. Mehr als jedes andere westliche Land versucht die Bundesrepublik, den Wandel in Osteuropa politisch und finanziell zu unterstützen. Die Aufnahme einer großen Zahl von Flüchtlingen aus vielen Krisengebieten der Welt belastet, bei aller grundsätzlichen Bereitschaft der Bevölkerung zur Hilfe, die öffentlichen Haushalte und führt zu ausländerfeindlichen Gewaltakten. Schließlich erwarten die Partnerländer, daß sich die Bundesrepublik nicht nur – wie beim Krieg gegen den **Irak** - finanziell, sondern auch mit eigenen Hilfs- und Truppenkontingenten an den Friedenseinsätzen der Vereinten Nationen beteiligt. Nach langwierigen innenpolitischen Auseinandersetzungen, die sich aus den auch historisch bedingten verfassungsrechtlichen Beschränkungen für militärische Einsätze im Ausland ergeben, nehmen Einheiten der Bundeswehr an den **UN-Missionen in Kambodscha, Somalia** und im ehemaligen **Jugoslawien** teil.

Fragen und Aufgaben

1. Wann wurde Deutschland vereinigt?
2. Welche Länder entstanden in der ex.DDR?
3. Wann und wo wurde Berlin als deutsche Hauptstadt deklariert?
4. Sprechen sie über die Einigung der europäischen Staaten?
5. Wann wurde die europäische Union gegründet?
6. Sprechen Sie über den Stand des Deutschlands in EU und in der neuen Weltordnung.
7. Wie ist die Lage im Osten nach der Wiedervereinigung?
8. Womit helfen die westliche Bundesländer der Östlichen?

